

Tätigkeitsbericht

Sicherheits- und Justizdirektion

—

2017



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction de la sécurité et de la justice DSJ
Sicherheits- und Justizdirektion SJD

Inhaltsverzeichnis

1	Direktion und Generalsekretariat	8
1.1	Tätigkeit	8
1.1.1	Ordentliche Tätigkeit	8
1.1.2	Besondere Ereignisse	8
1.2	Interkantonale Zusammenarbeit (interkantonale Beziehungen auf Direktionsebene)	9
1.2.1	Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)	9
1.2.2	Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr (RK MZF)	9
1.2.3	Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren der lateinischen Schweiz (LKJPD)	9
1.3	Streitigkeiten und Beschwerden (Beschwerden/Entscheide des vergangenen Jahres)	10
1.4	Gesetzgebung	11
1.4.1	Gesetze und Dekrete	11
1.4.2	Verordnungen und Reglemente	11
2	Kantonspolizei (POL)	11
2.1	Personalbereich	11
2.1.1	Bestand am 31.12.2017	11
2.1.2	Mutationen beim Personal	11
2.1.3	Ausbildung und Weiterbildung	12
2.1.4	Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen»	12
2.1.5	Arbeitspsychologie	13
2.2	Tätigkeit der Kantonspolizei	13
2.2.1	Behandelte Geschäfte	13
2.2.2	Verhaftungen	14
2.2.3	Strassenverkehr und Schifffahrt	14
2.2.4	Abkommen bezüglich des Neuenburgersees	14
2.2.5	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	15
2.2.6	Betäubungsmittel	16
2.3	Ereignisse im Jahr 2017	17
2.3.1	Von der Kriminalpolizei behandelte gerichtliche Sonderfälle	17
2.3.2	Empfang des Nationalratspräsidenten Herrn Dominique de Buman (Operation LATINA), und des Bundespräsidenten Herrn Alain Berset (Operation ALBER)	20
2.3.3	Aktionen im Bereich der Prävention	20
2.4	Besondere Bereiche	21
2.4.1	Fahrende	21

2.4.2	Personenschutz	21
2.4.3	Ausschaffungen	21
2.4.4	Ordnungsdienst	21
2.4.5	Polizeihunde	22
2.4.6	Verkehrserziehung	22
2.4.7	Sektor Kommunikation und Prävention	22
2.4.8	Büro für Waffen und Sprengstoffe	24
2.4.9	Sicherheitsunternehmen	25
2.5	Logistik	25
2.5.1	Informatik und Telekommunikation	25
2.5.2	Fahrzeuge	25
2.5.3	Gebäudeverwaltung	26
2.5.4	Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung (BAB)	26
2.5.5	Buchhaltung	26
3	Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM)	26
3.1	Auftrag des Amtes	26
3.2	Bevölkerungsschutz	27
3.2.1	Ordentliche Tätigkeit	27
3.2.2	Übungen	27
3.2.3	Kantonales Führungsorgan	27
3.2.4	Gemeindeführungsorgane	28
3.2.5	Einsatzpläne	28
3.3	Zivilschutz	28
3.3.1	Auftrag	28
3.3.2	Operationen	29
3.3.3	Ausbildung	29
3.3.4	Support	30
3.3.5	Bauten	30
3.4	Militärverwaltung	31
3.4.1	Auftrag	31
3.4.2	Ordentliche Tätigkeit	31
3.5	Verwaltung der Militärgebäude	35
3.5.1	Auftrag	35
3.5.2	Ordentliche Tätigkeit	35
3.5.3	Besonderes	36
4	Amt für Bevölkerung und Migration (BMA)	37
4.1	Fremdenpolizei	37

4.1.1	Ordentliche Tätigkeit	37
4.1.2	Besondere Ereignisse	38
4.2	Asylbereich	38
4.2.1	Ordentliche Tätigkeit	38
4.2.2	Besondere Ereignisse	38
4.3	Ausländische Arbeitskräfte	39
4.3.1	Ordentliche Tätigkeit	39
4.3.2	Besondere Ereignisse	40
4.4	Schweizerpässe und Identitätskarten	40
4.4.1	Ordentliche Tätigkeiten	40
4.4.2	Besondere Ereignisse	40
4.5	Registerharmonisierung	40
4.5.1	Ordentliche Tätigkeit	40
5	Amt für Gewerbepolizei (GePoA)	40
5.1	Öffentliche Gaststätten	40
5.1.1	Ordentliche Tätigkeit	40
5.2	Alkoholhaltige Getränke	42
5.2.1	Ordentliche Tätigkeit	42
5.3	Lotterien und Kollekten	42
5.3.1	Ordentliche Tätigkeit	42
5.4	Spielautomaten	42
5.4.1	Ordentliche Tätigkeit	42
5.5	Spielsalons	42
5.5.1	Ordentliche Tätigkeit	42
5.6	Prostitution	43
5.6.1	Ordentliche Tätigkeit	43
5.7	Gewerbe der Reisenden	43
5.7.1	Ordentliche Tätigkeit	43
5.8	Konsumkredit	43
5.8.1	Ordentliche Tätigkeit	43
5.9	Risikoaktivitäten	43
5.9.1	Aktuelle Aktivitäten	43
5.10	Masse und Gewichte	43
5.10.1	Ordentliche Tätigkeit	43
5.11	Preisbekanntgabe	44
5.11.1	Besonderes Ereignis	44
6	Amt für Justiz (AJ)	44

6.1	Tätigkeit	44
6.1.1	Advokatur	44
6.1.2	Notariat	45
6.1.3	Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen	45
6.1.4	Unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen	45
6.1.5	Unentgeltliche Rechtspflege in Verwaltungssachen	46
6.1.6	Internationale Rechtshilfe	46
6.1.7	Mediation	46
6.1.8	Aufsicht über die klassischen Stiftungen	48
7	Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG)	48
7.1	Straf- und Massnahmenvollzug	48
7.1.1	Freiheitsstrafen und Massnahmen	49
7.1.2	Umgewandelte Bussen und Geldstrafen (Ersatzfreiheitsstrafen)	51
7.1.3	Gemeinnützige Arbeit	52
7.1.4	Begnadigungsgesuche	52
7.1.5	Untersuchungshaftplatzsuche	52
7.1.6	Strafregister	52
7.2	Gefängnisse	52
7.2.1	Eintritte 2017	53
7.2.2	Vollzugstage	53
7.2.3	Verpflegung	53
7.2.4	Räumlichkeiten	53
7.2.5	Beschäftigung der Insassen	54
7.2.6	Insassenbetreuung	54
7.2.7	Zusammenfassung der Leistungen im Zentralgefängnis	55
8	Amt für Bewährungshilfe (BHA)	55
8.1	Tätigkeit	55
8.1.1	Abteilung Verwaltung	56
8.1.2	Abteilung Bewährungshilfe	56
8.1.3	Abteilung Alternative Strafvollzugsformen	57
8.1.4	Besondere Vorkommnisse	59
9	Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)	60
9.1	Tätigkeiten	60
10	Kantonale Gebäudeversicherung (KGV)	60
10.1	Aufträge	60
10.2	Tätigkeiten	60

11	Anstalten von Bellechasse (AB)	60
11.1	Tätigkeiten	60
12	Personalbestand	61

1 Direktion und Generalsekretariat

Maurice Ropraz, Staatsrat, Sicherheits- und Justizdirektor

Claudine Godat, Generalsekretärin (bis 31.01.2017), Olivier Kämpfen, Generalsekretär (seit 01.02.2017)

1.1 Tätigkeit

1.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Generalsekretariat übt die Stabsaufgaben der Direktion aus und übernimmt insbesondere die Planung und Koordination der Arbeiten, die Vorbereitung der Dossiers für den Staatsrat, die Betreuung der Dossiers und die Bearbeitung administrativer Geschäfte (Finanzen, Personal, Logistik). Das Generalsekretariat ist für die Informationsverwaltung intern und gegen aussen zuständig und leitet Projekte, die in den Zuständigkeitsbereich der Direktion fallen oder auch mehrere Direktionen umfassen.

1.1.2 Besondere Ereignisse

1.1.2.1 Integrationspolitik

Das erste vierjährige kantonale Integrationsprogramm (KIP), das mit dem Bund (Staatssekretariat für Migration SEM) ausgehandelt wurde und Grundlage für dessen finanzielle Unterstützung bildet, wurde Ende 2017 mit einer sehr positiven Bilanz abgeschlossen. Die drei Hauptbereiche Information und Beratung, Bildung und Arbeit sowie Verständigung und gesellschaftliche Integration konnten gleichmässig weiterentwickelt werden. Gleichzeitig war das Jahr 2017 dem KIP 2 2018–2021 gewidmet, das ebenfalls zusammen mit dem SEM erarbeitet wurde. Es setzt auf Kontinuität, Konsolidierung und Innovation. Es führt eine bewährte Strategie weiter, die auf vier Handlungsachsen basiert: Finanzierung und Begleitung von Integrationsprojekten; Ausbildung und Betreuung von beteiligten Partnern; Sensibilisierung von öffentlichen und privaten Akteuren; Ausbau der Integrationsförderung.

Die Erarbeitung des KIP 2 erfolgte interaktiv und multidisziplinär. Sie berücksichtigte die Empfehlungen der Partner (öffentliche und private) und orientierte sich an den tatsächlichen lokalen Gegebenheiten. Es handelt sich um ein ehrgeiziges Programm. Mit 39 spezifischen Integrationsmassnahmen sollen die folgenden drei allgemeinen Ziele erreicht werden: den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken; die Bevölkerung ermutigen, in gegenseitiger Achtung und Toleranz zusammenzuleben; die chancengleiche Teilnahme aller Ausländerinnen und Ausländer – insbesondere von Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich – am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Schweiz umsetzen.

Das KIP 2 ist mit einem jährlichen Betrag von 2,26 Millionen Franken budgetiert, der zwischen Bund, Kanton und Gemeinden aufgeteilt wird. Hinzu kommen die Integrationspauschalen des Bundes für die Integration von Personen aus dem Asylbereich.

1.1.2.2 Organisatorische Umsetzung des neuen Gesetzes über den Straf- und Massnahmenvollzug

Das vom Grossen Rat am 7. Oktober 2016 verabschiedete neue Gesetz über den Straf- und Massnahmenvollzug, dessen Inkrafttreten auf den 1. Januar 2018 festgesetzt wurde, sieht zwei grosse organisatorische Änderungen vor: einerseits die Fusion der Anstalten von Bellechasse (AB) mit dem Zentralgefängnis (ZG) – bisher eine Abteilung des Amts für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG) – in der neuen Freiburger Strafanstalt (FRSA) und andererseits die Zusammenlegung der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug des ASMVG mit dem Amt für Bewährungshilfe (BHA) im neuen Amt für Justizvollzug und Bewährungshilfe (JVBHA).

Ab dem dritten Quartal 2016 und vor allem während des gesamten Jahres 2017 setzte die Sicherheits- und Justizdirektion eine Projektorganisation unter der Verantwortung ihres Direktors ein. Zunächst wurde eine Projektleitung unter dem Vorsitz des Generalsekretärs der SJD gebildet. Unter deren operativer Führung bereiteten rund 10 Arbeitsgruppen mit über 45 Mitgliedern die beiden Fusionen unter allen Gesichtspunkten vor.

Dank eines Kredits von 5,77 Millionen Franken, den der Grosse Rat am 17. Oktober 2017 bewilligte, konnten gleichzeitig neue Räumlichkeiten für das JVBHA in Granges-Paccot erworben werden. Der Umzug an den neuen Ort findet im Frühling 2018 statt.

1.1.2.3 Projektorganisation für die Totalrevision von Kapitel 5 des Gesetzes vom 9. September 2016 über die Gebäudeversicherung, die Prävention und die Hilfeleistungen bei Brand und Elementarschäden

Im Jahr 2017 wurden unter der Leitung der SJD die Vorbereitungsarbeiten für die Totalrevision von Kapitel 5 des Gesetzes vom 9. September 2016 über die Gebäudeversicherung, die Prävention und die Hilfeleistungen bei Brand und Elementarschäden, das die Brandverhütung und den Rettungsdienst regelt, in Angriff genommen. Der vom Staatsrat ernannte Steuerungsausschuss, der die Arbeiten leitet, steht unter dem Vorsitz des Generalsekretärs der SJD. Vier Arbeitsgruppen, die sich aus Vertretern aller betroffenen Stellen zusammensetzen, sind am Werk. Die Vernehmlassung zum Gesetzesvorentwurf ist im Lauf des Jahres 2018 geplant.

1.1.2.4 Campus Schwarzsee/Lac-Noir

Der Campus Schwarzsee/Lac-Noir, der aus der Erweiterung und Aufwertung des ehemaligen Militärlagers Schwarzsee hervorgegangen ist, beherbergt seit Januar 2016 das Ausbildungszentrum des Zivildienstes. In der Sparte «kantonalessport- und Freizeitzentrum» werden seit Sommer 2016 Sport- und Schullager durchgeführt.

Im Verlauf des Jahres hat der Staatsrat auf Vorschlag der SJD und nach Absprache mit den übrigen Direktionen des Staates, die auf die eine oder andere Weise vom Betrieb des Campus betroffen sind, beschlossen, vorläufig darauf zu verzichten, dem Campus die Rechtsform einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt zu verleihen. Stattdessen entschied er sich, den Campus von der SJD bzw. vom Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM) an die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) bzw. dem Amt für Sport (SpA) zu übertragen. Der Staatsrat hat in diesem Zusammenhang beschlossen, dem SpA zusätzlich 1,5 VZÄ für die Verwaltung des Campus zu gewähren. Ausserdem wurden die 2 VZÄ der bestehenden Hauswartstellen an das SpA übertragen.

Die Übertragung soll der Verwaltung des Campus mehr Kohärenz und Effizienz verleihen und der Sparte «kantonalessport- und Freizeitzentrum» zu ihrer verdienten Bedeutung verhelfen. Der geplante Bau einer Dreifachturnhalle unter der Verantwortung der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) soll das Sportangebot vervollständigen und die Attraktivität des Standorts steigern.

1.2 Interkantonale Zusammenarbeit (interkantonale Beziehungen auf Direktionsebene)

1.2.1 Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

Die Konferenz tagte 2017 zweimal. Sie behandelte insbesondere folgende Themen:

- > Harmonisierung der Polizeiinformatik;
- > Harmonisierung der Informatik der Strafjustiz;
- > Verwaltungsvereinbarung Polizeikooperation;
- > Restrukturierung des Asylbereichs;
- > Rückkehr und Wegweisungsvollzug im Asylbereich.

1.2.2 Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr (RK MZF)

Die Konferenz tagte 2017 einmal. Sie behandelte insbesondere folgende Themen:

- > Schaffung eines interkantonalen Konkordates für eine Erdbebenversicherung;
- > Einrichtung einer Nationalen Plattform ABC-Schutz (atomar-biologisch-chemisch);
- > Einführung eines obligatorischen Orientierungstages zum Militärdienst für Schweizerinnen.

1.2.3 Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren der lateinischen Schweiz (LKJPD)

Die Konferenz tagte 2017 zweimal. Sie behandelte insbesondere folgende Themen:

- > Umsetzung eines ROS-Prozesses (risikoorientierter Straf- und Massnahmenvollzug) in der lateinischen Schweiz;
- > Einweisung von jungen Erwachsenen gemäss Artikel 61 des Strafgesetzbuchs;

- > Umsetzung des Konkordats über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Westschweiz;
- > Umsetzung der gerichtlichen Landesverweisung;
- > Umsetzung des neuen Sanktionenrechts.

1.3 Streitigkeiten und Beschwerden (Beschwerden/Entscheide des vergangenen Jahres)

Die Direktion trifft die Verfügungen, für die sie von Gesetzes wegen zuständig ist (Fri-Pers-Entscheide, administrative Massnahmen in Personalfragen, Bewilligungen für die Zeugenaussage vor Gericht, Rechtshilfe und unentgeltliche Rechtspflege, Beschwerden gemäss Art. 38 PolG, Beschwerden gegen den Direktor der AB, Erlass von Gebühren, Massnahmen im Bereich der Sicherheitsunternehmen, Prüfung der Leiter von Sicherheitsunternehmen, Genehmigung von Gemeindereglementen, Kaminfegerkonzessionen usw.). Im Jahr 2017 präsentierte sich die Situation wie folgt:

Behandelte Fälle (2017 eröffnete Verfahren)	51
Gefällte Entscheide	52
Verzicht auf Ergreifung einer Massnahme / Verfahren gegenstandslos	2
Beschwerden an den SR gegen Entscheide des Jahres 2017	0
Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide des Jahres 2017	4
Am 31. Dezember 2017 hängige Verfahren	3

Instruktion von Beschwerden

Die Direktion behandelt gestützt auf Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Verfügungen ihrer Verwaltungseinheiten, sofern das Gesetz nicht den direkten Beschwerdeweg an das Kantonsgericht vorsieht. Diese Beschwerdeverfahren betreffen folgende Ämter: Kantonspolizei, Amt für Bevölkerungsschutz und Militär, Amt für Gewerbepolizei, Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse, Anstalten von Bellechasse. Im Jahr 2017 präsentierte sich die Situation wie folgt:

2017 eingegangene Beschwerden	43
davon	
gutgeheissen	2
abgewiesen	31
unzulässig	1
nach Aufhebung des Entscheids oder Rückzug der Beschwerde gegenstandslos	2
Am 31. Dezember 2017 bei der Direktion hängige Verfahren	8
Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide des Jahres 2017	8

Haftungsfragen

Die Direktion instruiert Streitigkeiten im Bereich der Staatshaftung (Gesetz vom 16. September 1986 über die Haftung der Gemeinwesen und ihrer Amtsträger sowie Haftungsfälle, die auf Bundesrecht beruhen). Die Stellungnahmen werden vom Staatsrat oder in bestimmten Fällen (verjährte Forderungen, über Beträge von weniger als 3000 Franken) von der Direktion verfasst. Im Jahr 2017 präsentierte sich die Situation wie folgt:

Am 1. Januar 2017 hängige Fälle	1
Im Jahr 2017 eingereichte Forderungen	4
Im Jahr 2017 von der SJD erledigte Fälle	4

1.4 Gesetzgebung

1.4.1 Gesetze und Dekrete

- > Gesetz vom 10. Oktober 2017 zur Änderung des Justizgesetzes (Beschäftigungsgrad der Richterinnen und Richter).

1.4.2 Verordnungen und Reglemente

- > Ausführungsverordnung zum Gesetz über den Straf- und Massnahmenvollzug;
- > Verordnung über den Ansatz der Prämien und der Zuschlagsprämien der Gebäudeversicherung für 2018;
- > Verordnung über den mittleren Baukostenindex der Gebäudeversicherung für 2018;
- > Verordnung zur Erhöhung des Tarifs 2018 für bestimmte Personenwagen (Energieetikette);
- > Verordnung zur Änderung des Beschlusses über die Strassenverkehrsgebühren;
- > Verordnung über das Vorrücken und die Beförderung der Beamtinnen und Beamten der Kantonspolizei – neue Einreihung der Polizeibeamtinnen und -beamten.

2 Kantonspolizei (POL)

Kommandant: Pierre Schuwey

2.1 Personalbereich¹

2.1.1 Bestand am 31.12.2017

VZÄ (Einh.)	Polizeibeamte	Polizeiaspiranten	Hilfspolizisten	Zivile Mitarbeiter	Lernende	Total
Kommando	13,50 (14)	-	-	11,40 (15)	2 (2)	26,90 (31)
Personalbereich	9 (9)	29 (29)	-	5,30 (6)	1 (1)	44,30 (45)
Stabsdienste	20 (22)	-	1 (1)	33,50 (38)	-	54,50 (61)
Gendarmerie	377,50 (388)	-	18,40 (21)	20,60 (28)	1 (1)	417,50 (438)
Kriminalpolizei	104,40 (114)	-	-	14,60 (18)	2 (2)	121 (134)
Total	524,40 (547)	29 (29)	19,40 (22)	85,40 (105)	6 (6)	664,20 (709)

2.1.2 Mutationen beim Personal

	Polizeibeamte	Polizeiaspiranten	Hilfspolizisten	Zivile Mitarbeiter	Total
Anstellungen	1,70 (2)	30 (30)	0,10 (1)	10,40 (11)	42,20 (44)
Versetzungen in den Ruhestand	8,50 (9)	-	1,80 (2)	0,50 (1)	10,80 (12)
Kündigungen und Reduktion des Beschäftigungsgrads	10,30 (9)	-	-	9,85 (6)	20,15 (15)
Anstellungen als Polizeibeamten	-	29 (29)	-	-	29 (29)

¹ Vorjahreszahlen in Klammern

2.1.3 Ausbildung und Weiterbildung

Am 3. Januar 2017 haben 30 Personen ihre Ausbildung im Interregionalen Polizei-Ausbildungszentrum (IPaz), Schule Granges-Paccot (SGP) begonnen. Es handelt sich um den ersten Jahrgang seit Einführung der neuen, gemeinsamen Ausbildungsstruktur der Kantone Freiburg, Neuenburg und Jura. Der Lenkungsausschuss (COPIL) bestehend aus der Ministerin sowie den Staatsräten der drei Partnerkantone hat 2017 das Ausführungsreglement des im November 2016 genehmigten Abkommens unterschrieben, welches der neuen Organisation eine bessere Grundlage bietet. Die Harmonisierungsarbeiten, welche mit diesem Zusammenschluss einhergehen, wurden während des ganzen Jahres 2017 weitergeführt, um die Qualität der Organisation und der Ausbildung an beiden Standorten zu verbessern.

Ein Aspirant hat die Schule nach drei Monaten Ausbildung verlassen. Am Ende des Ausbildungsjahres haben die 29 zur Berufsprüfung angetretenen Aspirantinnen und Aspiranten den eidgenössischen Fachausweis Polizistin/Polizist erhalten. Am Mittwoch, 13. Dezember 2017, wurden die 24 Polizistinnen und Polizisten und die 5 Inspektorinnen und Inspektoren in der Kathedrale in Freiburg vereidigt.

Für das IPaz – SGP 2018 wurden 30 Aspirantinnen und Aspiranten angestellt und zwar 22 für die Gendarmerie und 8 für die Kriminalpolizei. Der Jahrgang besteht aus 7 Deutschsprachigen und 23 Französischsprachigen, davon sind 8 Frauen und 22 Männer.

Am 1. März 2017 hat der neue Chef des Ausbildungszentrums, Lt Matthieu Landert, seine Tätigkeit bei der Kantonspolizei aufgenommen und mit Unterstützung des ganzen Teams des Ausbildungszentrums rasch seine neuen Funktionen in Angriff genommen.

Ein weiteres Dossier, welches das Ausbildungszentrum der Kantonspolizei beschäftigte, waren die Arbeiten im Zusammenhang mit dem neuen Gesamtkonzept der Ausbildung, CFG 2020, welche eine gesamte, schweizweite Umstrukturierung der Polizeiausbildung nach sich zieht. Der Schuladjutant, Adj Yvan Buchs, nimmt regelmässig an einer der zahlreichen Arbeitsgruppen teil, welche die zukünftige Grundausbildung gestalten. Das neue Konzept der Grundausbildung wird sich auf die für den Polizeiberuf definierten Kompetenzprofile stützen. Die Ausbildung wird künftig 2 Jahre dauern (derzeit 1 Jahr). Das erste Ausbildungsjahr wird mehrheitlich theoretisch ausgerichtet sein (mit praktischen Übungen) und das zweite Jahr wird sich grundsätzlich der praktischen Ausbildung widmen. Die Verlängerung dient nicht der Erweiterung der theoretischen Kenntnisse sondern der Stärkung der operationellen Kompetenzen.

Um die Weiterbildungsbestimmungen des Schweizerischen Polizei-Instituts zu erfüllen, hat das Ausbildungszentrum im Jahr 2017 zahlreiche Weiterbildungen in den Bereichen Schiessen, persönliche Sicherheit und taktisches Verhalten organisiert und durchgeführt. Diese Trainingseinheiten erlaubten die Festigung der Berufsgrundlagen, die Anpassung einzelner Techniken, den Abschluss der im Jahr 2016 begonnen Ausbildung Amok 2.0 (Angriff im offenen Umfeld) und die Auffrischung der bei Interventionen zu treffenden Erste-Hilfe-Massnahmen. Auch mehrere Beamtinnen und Beamte und zivile Mitarbeitende der Kantonspolizei konnten die Ausbildung zur Verwendung des automatischen Defibrillators absolvieren, während die bereits ausgebildeten Beamten den obligatorischen Auffrischkurs zum Erhalt des Benutzerzertifikats besuchten.

Des Weiteren hat das Ausbildungszentrum im Jahr 2017 verschiedene Kurse für die Freiburger Sicherheitspartner erteilt, insbesondere für die Gemeindepolizeien, die Feuerwehrlaute, den Zivildienst, die Wildhüter und die Staatsanwaltschaft.

2.1.4 Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen»

2017 hatte die Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen» Kontakt mit zahlreichen Mitarbeitenden der Kantonspolizei, die sie für Gespräche über berufliche oder private Probleme aufsuchten. Bei einigen Mitarbeitenden war die Unterstützung der IV-Stelle und des «Espace Gesundheit-Soziales» notwendig, um Sie wieder in die Arbeitswelt einzugliedern.

Das Debriefing-Team der Kantonspolizei wurde einige Male für die psychologische Unterstützung von Polizistinnen und Polizisten beansprucht, die besonders schwierige Situationen erlebt hatten.

Den Polizeiaspirantinnen und –aspiranten sowie den Beamtinnen und Beamten der Kantonspolizei und anderen Staatsstellen wurde ein Kurs in Polizeipsychologie und Konfliktbewältigung erteilt.

Der Verantwortliche nahm an zahlreichen Sitzungen und Versammlungen verschiedener Kommissionen teil.

2.1.5 Arbeitspsychologie

Als Verantwortlicher für die Auswahl der Polizeiaspirantinnen und -aspiranten hat der Arbeitspsychologe den Prozess zur Anstellung von 30 Kandidatinnen und Kandidaten für die Polizeischule durchgeführt. In diesem Rahmen hat er zwanzig Polizeibeamte bei ihrer neuen speziellen Nebenaufgabe als Rekrutierungsbeamte betreut. Diese Beamten führen persönliche Gespräche mit den Kandidatinnen und Kandidaten. Die Ergebnisse dieser Gespräche können neu zum Ausschluss einer Kandidatin oder eines Kandidaten führen.

In Zusammenarbeit mit dem Verantwortlichen der Einheit zwischenmenschliche Beziehungen hat der Arbeitspsychologe 60 Kursstunden in Polizeipsychologie für die Polizeiaspirantinnen und –aspiranten vorbereitet, organisiert und zum Teil auch unterrichtet. Dazu wurden noch Weiterbildungskurse zu den Themen Motivation und Leadership angeboten.

Der Arbeitspsychologe hat auch an den Konzepten für die Stände der Kantonspolizei am Start! Forum der Berufe, dem Forum Fribourg und der Gewerbeausstellung Murten mitgearbeitet und die Durchführung administrativ unterstützt.

Schlussendlich hat er auch zur Erweiterung des Lehrstellen- und Praktikumsangebots bei der Kantonspolizei beigetragen, indem er zwei Praktikanten 3+1 mehr als im letzten Jahr eingestellt hat. Ein Budget «Praktikanten» würde es erlauben, dieses Angebot noch weiter auszubauen.

2.2 Tätigkeit der Kantonspolizei

2.2.1 Behandelte Geschäfte

	2016	2017
Erstellte Polizeirapporte	16 134	16 286
durch die Gendarmerie	12 706	12 284
durch die Kriminalpolizei	1 537	1 667
durch die Stabsdienste	1 891	2 335
Aufgenommene Strafklagen	8 477	8 075
durch die Gendarmerie	7 165	6 830
durch die Kriminalpolizei	204	235
durch die Stabsdienste (Eingegangen von Drittpersonen)	1 108	1 010
Behandelte Aufträge	23 890	22 577
durch die Gendarmerie	21 557	19 768
durch die Kriminalpolizei	1 450	1 459
durch die Stabsdienste	883	1 350
Transport von Gefangenen und Beschuldigten	5 222	5 221
davon im Kanton	4 616	4 585
davon ausserhalb des Kantons	606	636
Eingegangene Anrufe	322 879	325 274
davon Anrufe über die Notfallnummer	96 359	112 020
Behandelte Alarme	1 654	1 606
davon wegen Feuer	500	627
davon wegen Einbruch/Überfall	1 154	982
Identifikationen durch KTD	303	313
davon Fingerabdrücke	104	103
davon DNA-Profile	147	170
davon Schuhsohlenprofile	51	40

	2016	2017
davon Ohrabdrücke	1	0
Verbindungen zwischen Schuhsohlenprofilen	177	131
Verbindungen zwischen DNA-Profilen	118	69
Lokaler Vergleich DNA	250	169
Taktische DNA-Recherchen (davon positiv)	20 (2)	15 (3)
Abnahme von Fingerabdrücken (davon virtuelle)	1 645 (488)	1 544 (388)
DNA-Probe auf der Person (davon virtuelle)	1 372 (384)	1 247 (291)
Löschen von daktyloskopischen Daten	1 841	1 277
Löschen von DNA-Profilen	1 096	759

2.2.2 Verhaftungen

	CH	Ausl.	Total
2016	106	273	379
2017	92	314	406

2.2.3 Strassenverkehr und Schifffahrt

Im Jahr 2017 ist die Anzahl der Verkehrsunfälle* mit 1189 (2016: 1366) um 12,95 % gesunken. Die Zahl der verletzten Personen* sank mit 665 (2016: 732) um 9,15 % und die Anzahl der Todesopfer blieb mit 7 Personen (2016: 7) gleich.

Bezirke	Anzahl Unfälle		Anzahl Verletzte		Anzahl Tote	
	2016	2017	2016	2017	2016	2017
Saane	451	378	257	200	1	2
Sense	148	128	99	86	2	0
Greyerz	307	275	141	139	1	2
See	180	147	100	88	1	0
Glane	69	71	37	57	0	1
Broye	123	109	57	43	2	1
Vivisbach	88	81	41	52	0	1
Total	1366	1189	732	665	7	7

* Es handelt sich um eine Hochrechnung, weil die Frist zur Zustellung der definitiven Statistiken an das ASTRA auf den 20.02.2018 festgelegt ist.

	2016	2017
Führerausweisabnahmen	846	811
Geschwindigkeitskontrollen (mob. Radare)	1319	1366
Fahrerflucht nach Unfall	647	600
Ermittelte Lenker nach Fahrerflucht	261	192
Betrag einkassierter Ordnungsbussen	CHF 6 597 161	CHF 6 924 594
Kontrollierte Transportunternehmen	13	3
Begleitung Ausnahmetransporte	301	327
Schifffahrtsunfallmeldungen	5	1
Hilfe an in Schwierigkeiten geratene Schwimmer/Schiffsführer	8	8
Einsätze Taucherguppe	13	25

2.2.4 Abkommen bezüglich des Neuenburgersees

Die Seepolizeien der Kantone Freiburg und Waadt sind im Rahmen eines Vertrags über entgeltliche Leistungen für die Sicherheit und für Einsätze auf dem Neuenburgersee zuständig. In diesem Rahmen leistete die Freiburger

Seepolizei nebst ihrer Tätigkeit auf den eigenen Gewässern 63,95 (66,25) Stunden Patrouillendienst auf dem Neuenburgersee. 14 (8) Interventionsanfragen ergaben 86,5 (44) Stunden, in denen die Freiburger Seepolizei auf dem Gebiet des Kantons Neuenburg präsent war. 4 (13) Anzeigerapporte und 2 (1) Ermittlungsrapporte infolge von Tauchunfällen wurden erfasst. Die Verfassung dieser Rapporte erforderte 42,5 (24) administrative Arbeitsstunden.

2.2.5 Öffentliche Sicherheit und Ordnung

In jeder Region der Gendarmerie werden permanente und punktuelle Aktionen durchgeführt. Sie sind den geografischen, touristischen und kulturellen Besonderheiten jeder Region angepasst und haben in erster Linie einen präventiven und abschreckenden Charakter, bei Übertretungen wirken sie aber auch repressiv. Sie sind langfristig ausgerichtet und beinhalten eine verstärkte Präsenz von uniformierten Beamten in Problemzonen wie öffentlichen Parkanlagen, Fussgängerzonen, Bahnhöfen, an Stränden, an Veranstaltungen mit grossem Menschenaufkommen und in öffentlichen Gaststätten. Nebst der Aufgabe, der Bevölkerung das Gefühl von Sicherheit zu vermitteln, sind sie ein Mittel gegen ungesittetes Verhalten, tragen zur öffentlichen Ordnung bei und dienen gegebenenfalls auch dem Kampf gegen illegalen Handel jeder Art, vor allem jenen mit Drogen.

KANTONALE AKTIONEN

«VIGIPOL»	Im Anschluss an die Ereignisse in Paris vom Januar 2015 wurde der Führungsstab VIGIPOL gegründet. Ein Rapport fand alle zwei Wochen statt. Die Hauptziele dieses Stabes sind: <ul style="list-style-type: none"> > Förderung des Miteinbezuges der verschiedenen Partner; > Erhöhte Wachsamkeit des gesamten Personals der Kantonspolizei; > Verstärkte Polizeipräsenz bei Grossanlässen (z. B. Vereidigung); > Gleicher Kenntnisstand für alle. Seit der Gründung des Stabes VIGIPOL wurden zahlreiche Kontrollen durchgeführt.
«STREET»	Fusspatrouillen zugunsten der öffentlichen Ruhe und Ordnung mit einer sichtbaren Präsenz im Dienste der Bevölkerung. «Sein, wo Menschen sich treffen und es Sinn macht». Im Rahmen dieser Aktion leisteten die Beamten 15 979 (16 455) Präsenzen, was 18 703 (19 671) Stunden entspricht.
«ANGEL» 21.11. – 31.12.2017	Vorbeugende Präsenz der Polizeikräfte in der Weihnachtszeit in den Geschäftszonen der Stadtzentren des Kantons, um vor allem Diebstählen (Taschendiebstahl, Entreisssdiebstahl, Ladendiebstahl) vorzubeugen und der Bevölkerung Sicherheit zu vermitteln. Während den 1105 (991) Aktionen haben 2163 (1914) Beamte 738 (849) Stunden geleistet.
«CRIMINO»	Kampf gegen die Einbruchdiebstähle bei Einbruch der Dunkelheit in Wohnungen, Villen und Geschäften. Anlässlich dieser 6720 (6178) Aktionen haben 14 644 (13 401) Beamte eine Präsenzzeit von 4415 (5810) Stunden geleistet. 918 (790) Personen wurden kontrolliert/identifiziert, 792 (602) Fahrzeuge wurden kontrolliert und 10 (11) Personen angehalten.
«PROJEKT MIGRANTEN»	Nach dem Eintreffen zahlreicher Migranten auf unserem Gebiet wurde ein kantonales Einsatzkonzept für die Asylzentren erstellt und eine kantonale Ansprechperson ernannt. Das Konzept hat zum Ziel, die Tätigkeit der Polizei und der Partner (SJD, GSD, KSA, BMA, ORS, Gemeinden usw.) zu koordinieren. Bei der Polizei wurde eine Ansprechperson für jedes Zentrum ernannt. Es fanden auch mehrere polizeiinterne Ausbildungen statt.

REGIONALE AKTIONEN

Region Zentrum:	
Kampf gegen Drogen in der Stadt Freiburg	Zahlreiche, präventive Präsenzen und Kontrollen wurden im Bereich «Kampf gegen den Verkauf und Konsum von Drogen» in der Stadt Freiburg durchgeführt. Im Ganzen wurden nicht weniger als 472 Identitätskontrollen durchgeführt. Es wurden verschiedene Straftaten festgestellt: 74 OB/BF – 56 Anzeigerapporte betreffend diverse Straftaten (Diebstahl –
06.02. – 14.09.	

	ausgeschriebene Personen – Kurzberichte – URSARO- usw.).
Präsenz am Bahnhof Freiburg 01.05. – 31.08.	Ein besonderes Augenmerk wurde auf den Bahnhof in Freiburg gerichtet. Im Ganzen wurden 799 Präsenzen getätigt (ein Durchschnitt von 6 pro Tag) – 583 Personen wurden kontrolliert – 93 Anzeigerapporte erstellt (BetmG – EGStGB – usw.).
Asylzentren 01.01. – 31.12.	Im Jahr 2017 wurden in den Asylzentren Poya und Burgquartier besondere Anstrengungen unternommen. Insgesamt wurden in beiden Zentren 105 Durchgänge gemacht, was einem Durchschnitt von 2 Durchgängen pro Woche entspricht. Nachdem eine konstante Verschlechterung des Klimas in den Zentren festgestellt worden war, wurde ab dem 11.12.2017, das Sicherheitsniveau gemäss dem Konzept der Behörden erhöht (2 Nachtwächter 24/24 und 2 Durchgänge der Polizei pro Tag). Wir können auf eine gesunde Zusammenarbeit mit den Partnern (BMA, ORS, JA) zurückblicken.
Region Nord:	
«NARCO» 01.01. – 31.12.	Augenmerk im Kampf gegen Drogendelikte an den Ufern des Neuenburgersees und der Gemeinde Estavayer, hauptsächlich während der Sommersaison,. In diesem Rahmen wurden 74 Präsenzen durchgeführt, wobei 132 Personenkontrollen getätigt wurden. 9 BF, 1 OB, 5 Kurzberichte und 1 Anzeigerapport wurden erstellt.
«CILO» 14.07. – 31.08.	Im Aktionszeitraum wurden in den beiden Bezirken 97 sichtbare Präsenzen durchgeführt, hauptsächlich von Polizisten mit Fahrrädern. Diese Arbeit war auf den Fahrradverkehr und die Fahrradausrüstung ausgerichtet. Bei dieser Aktion wurden 111 Flyer verteilt, 1 BF und 1 Anzeigerapport erstellt.
«CROTTE DE CHEYRES» 01.01. – 31.12.	Infolge regelmässiger Telefonanrufe von Anwohnern, welche sich über das unangemessene Verhalten der Autofahrer und Motorradfahrer (Lärm, Geschwindigkeit, verschiedene Verhaltensweisen) beklagten, wurden 32 sichtbare Präsenzen und Verkehrskontrollen durchgeführt. Es wurden 5 Anzeigerapporte, 7 BF, 6 OB und 6 Mängelkarten für verschiedene Übertretungen erstellt.
«PECORA» 01.04. – 30.09.	In den Anstalten von Bellechasse wurden Ermittlungen und Operationen durchgeführt, die sich auf den Drogenhandel konzentrierten. Dabei wurden 37 Insassen und 7 externe Personen einvernommen. 7 externe Personen und 22 Insassen wurden wegen verschiedener Delikte gegen das BetmG angezeigt. Während der gesamten Untersuchung und Operation wurden 75 Beamte eingesetzt.
Region Süd:	
«STRADA» Januar bis November	Seit Jahresbeginn haben 3622 Beamte 1745 Verkehrsüberwachungen durchgeführt und Verkehrskontrollen an verschiedenen Orten der Region Süd vorgenommen. 242 Rapporte und 274 OB/BF für Übertretungen gegen das SVG, wie vereiste Scheiben, Nichtbeachten von Signalen, Nichttragen der Sicherheitsgurte, benützen des Mobiltelefons am Steuer sowie mangelhafte Ausrüstung wurden erstellt bzw. ausgestellt.

2.2.6 Betäubungsmittel

	2016	2017
Beschlagnahmte Betäubungsmittel		
Haschisch (in Gramm)	10 340	24 799
Marihuana (in Gramm)	33 935	77 232
Heroin (in Gramm)	520	3 874
Kokain (in Gramm)	1 212	2 053
Pillen: Thai, LSD, Ecstasy (Stückzahl)	7 073	7 300
Crystal Meth (in Gramm)	158	271
Amphetamin (in Gramm)	1 967	170

	2016	2017
MDMA (in Gramm)	216	61
Todesfälle infolge Überdosis	5	2

Zu den Hanfkulturen ist Folgendes zu bemerken:

	2016	2017
Deklarierte Felder	2	1
Beschlagnahmte Hanfmenge	3391 (davon 3325 Indoor / 66 Outdoor)	1424 (davon 1169 Indoor / 255 Outdoor)
Indoor-Kulturen	22	13

2.3 Ereignisse im Jahr 2017

2.3.1 Von der Kriminalpolizei behandelte gerichtliche Sonderfälle

Im Verlauf des Jahres 2017 hat die Kriminalpolizei vor allem Nachforschungen im Zusammenhang mit folgenden bedeutenden Ereignissen durchgeführt:

Tötung	Kanton	Im Jahr 2017 gab es ein Tötungsdelikt sowie eine versuchte Tötung.
Leichenhebungen	Kanton	Die Polizei intervenierte bei 177 Leichenhebungen. Im Rahmen der Ermittlungen konnten die Todesursachen geklärt werden: Unfalltod (20), natürlicher Tod (85), Selbstmord (49), begleitete Sterbehilfe (19), unbekannte Ursache (4).
Raubüberfälle	Kanton	Es wurden 27 Raubüberfälle verzeichnet, hiervon wurden 11 aufgeklärt.
Einbruchdiebstähle Diebstähle	Kanton und ausserkantonale	Die Zahl der Einbruchdiebstähle ist gesunken. 2017 wurden 779 Fälle behandelt (2016: 990). Die Polizei intervenierte zudem in 205 Fällen von Auto-Einbrüchen interveniert.
Finanzdelikte	Kanton	<p>CHAUME: Bearbeitung mehrerer Betrugsfälle von Firmen in der Baubranche, welche sich ungerechtfertigter Weise u. a. Arbeitslosengelder von mehreren hunderttausend Schweizer Franken erschlichen.</p> <p>ACSMS: Ein Grossteil der Ermittlung im Fall des Verlustes von mehreren 10 Millionen Franken der Vorsorgestiftung ACSMS in Villars-sur-Glâne konnte zum Abschluss gebracht werden.</p> <p>Mehrmonatige Ermittlungen in einem Fall mit einer Schadenssumme von mehr als einer Million Schweizer Franken wegen Veruntreuung, ungetreuer Geschäftsbesorgung, Urkundenfälschung und Vergehen gegen das UWG konnten zum Abschluss gebracht werden.</p> <p>In Zusammenarbeit mit den Waadtländer Kollegen wurden mehrere Festnahmen in Zusammenhang mit Betrügen bei der Arbeitslosenkasse und der UNIA durchgeführt.</p>
Cyberkriminalität	Kanton	<p>Die Strafanzeigen im Bereich der Cyberkriminalität (Computerkriminalität) haben im vergangenen Jahr erneut zugenommen. Am häufigsten wurden Betrüge und Erpressungen angezeigt.</p> <p>Bei den Betrügen sind insbesondere die Fälle, in denen Liebesbeziehungen (= Romance Scam) vorgetäuscht werden, hervorzuheben. Die Täter bandeln online mit den Geschädigten an, täuschen eine Liebesbeziehung vor und erhalten unter verschiedensten Vorwänden (medizinische Notfälle, Schwierigkeiten mit Behörden</p>

		etc.) Geld. Das Geld wird in aller Regel via Online-Zahlungsanbieter versandt. Auf diese Art und Weise wurden 2017 mehr als eine halbe Million Schweizer Franken ertragen.
Brände	Kanton und ausserkantonale	Die Brandfälle im freiburgischen und waadtländischen Broyebezirk führten zu zahlreichen Interventionen und ein Tatverdächtiger wurde in Untersuchungshaft gesetzt.
Betäubungsmittel PANGOLIN, POMBO	Kanton und ausserkantonale	<p>PANGOLIN: Banden- und gewerbsmässiger Handel von Cannabis und Kokain im kurdischen Milieu, der wahrscheinlich zur Finanzierung der PKK diente. Verhaftung der 3 wichtigsten Protagonisten des Handels in Freiburg, welche des Verkaufs von rund 240 kg Cannabis angezeigt wurden, was einem Umsatz von ungefähr 1 300 000 Franken entspricht. Verhaftung von 21 weiteren Verdächtigen, hauptsächlich in unserem Kanton. Der Drahtzieher, niedergelassen in Basel und Zürich, wurde in Spanien festgenommen.</p> <p>POMBO: Handel von Kokain und Heroin durch Staatsangehörige des Balkans. Die Droge stammte aus der Region Basel und wurde im Kanton Freiburg und Bern verkauft. Verhaftung der 2 Protagonisten unseres Kantons sowie von deren Lieferanten, die in Basel und Solothurn niedergelassen sind. Fünf Drogenabhängige der Stadt Freiburg, welche das Heroin weiterverkauften, wurden ebenfalls verhaftet, genauso wie ein Teil ihrer Kunden. Trotz fehlender Kooperation seitens der Hauptverdächtigen konnte ermittelt werden, dass diese mit über 4 kg Heroin und Kokain Handel getrieben hatten.</p>
Betäubungsmittel Task Force im Bereich des Handels mit Amphetamin und Methamphetamin	Kanton	<p>Im Laufe des Jahres 2017 wurden verschiedene Ermittlungen im Bereich des Handels mit Methamphetamin geführt. Es kristallisierte sich dabei ein Handel von Methamphetamin in Form von Crystal Meth und Thaipillen heraus, der den Kanton Freiburg betrifft. Erwähnenswert ist, dass Crystal auf der Strasse zu 0,1 Gramm verkauft werden kann, wobei der Preis für ein Gramm ungefähr 300 Franken beträgt. Mehrfach wurde die Droge mit einem Reinheitswert von 100 % beschlagnahmt.</p> <p>TEX: Ein Dealer-Paar des freiburgischen Broyebezirks konnte für den Handel mit rund 500 Gramm Crystal, 10 000 Ecstasy, 300 Gramm Kokain und 2 Kilogramm Speed angezeigt werden.</p> <p>FIXI: Ein Dealer des waadtländischen Broyebezirks wurde für den Handel mit 5000 Thaipillen und 500 Gramm Crystal angezeigt.</p> <p>TORPEDO: Ein Dealer des Seebezirks konnte für den Handel mit 13 000 Thaipillen und 200 Gramm Crystal angezeigt werden. An diesem Handel war auch ein wichtiger Dealer aus Neuenburg beteiligt.</p> <p>TORPEDO II: Eine Grossdealerin aus der Deutschschweiz verkaufte Drogen im Kanton Waadt und Freiburg und konnte für den Handel mit 1450 Gramm Crystal und 2000 Thaipillen angezeigt werden.</p> <p>Im Anschluss an diese Ermittlungen wurde eine Task-Force (TF) auf die Beine gestellt, um die Protagonisten des Freiburger Crystal-Meth-Handels zu ermitteln. Diese Massnahme führte zur Anzeige von rund 70 Personen wegen Handel oder Konsum von Methamphetamin. Die Hauptperson (eine Frau) wird ein zweites Mal</p>

		wegen Handels von über einem halben Kilogramm Crystal angezeigt.
Pornographie	Kanton	Mehrere Fälle im Zusammenhang mit sozialen Netzwerken, wo sich die Täter mit falschen Profilen an die Opfer (junge Männer oder Mädchen) heranmachen, um an pornographische Fotos/Videos zu gelangen. Ein Täter wurde zweimal innert weniger Monate rückfällig, indem er mit seinem Opfer ein Rendezvous vereinbarte. Er wurde am vereinbarten Terminort verhaftet. Diese Delikte erfordern umfangreiche Analysen, um die Anzeigen zu untermauern.
Prostitution		265 Kontrollen von Massagesalons 26 Massagesalons im Kanton 10 Kontrollen von Nachtclubs 800 Sexarbeiter/innen kontrolliert 1 Verantwortlicher von Massagesalons zur Anzeige gebracht
Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	Kanton	115 Video-Befragungen, davon 77 wegen sexueller Handlungen und 38 wegen Misshandlungen. Eine Inspektorin der BMM hat auf Anfrage in Dakar (Senegal) eine Weiterbildung für Magistraten und Polizisten gegeben, welche vom internationalen Institut der Kinderrechte (IDE) organisiert wurde und gefilmte Einvernahmen von minderjährigen Opfern zum Gegenstand hatte.
Gezielte Fahndungen	Kanton	Im Laufe des Jahres 2017 konnte die Brigade für Spezialeinsätze in Zusammenarbeit mit dem ASMSG und anderen Partnern 22 Personen verhaften, welche verurteilt und von der Behörde zur Fahndung ausgeschrieben waren. Diese Verhaftungen ergaben 451 Monate Haft und es wurden 8064 Franken Geldstrafen einkassiert. Die Brigade hat sich ebenfalls mit der Flucht vom 02.09.2017 aus dem Zentralgefängnis beschäftigt. Obwohl die bis anhin unternommenen Ermittlungen noch nicht zur Festnahme des Flüchtigen geführt haben, konnten Personen identifiziert werden, welche ihm beim Ausbruch und auf der Flucht halfen. Sie wurden in Spanien festgenommen und warten auf ihre Auslieferung.
Unterstützung durch IT-Analytiker	Kanton	Analyse von Datenträgern mit einer Gesamtkapazität von 250 TB (Terabyte) sowie von 3 TB Telefonie-Material im Rahmen von Gerichtsfällen.
Prävention/Ruf der Polizei		Prävention durch die Beauftragten der Jugendbrigade: 184 Primar- und 186 Sekundarschulklassen wurden besucht. Teilnahme an 133 Elternabenden, Lehrersitzungen und anderen Veranstaltungen. Entweichungen: Die Bearbeitung der 306 Entweichungen und Vermisstmeldungen von Minderjährigen bestand aus Suchaktionen und einer Kontaktaufnahme mit den Eltern, sozialen Institutionen und anderen kantonalen Polizeikörpern.
Kriminaltechnisches Kommissariat		Anfang Jahr wurde die Leiche einer Frau in einer Wohnung der Grand-Fontaine in Freiburg aufgefunden. Das Opfer wurde vom Täter in einer anderen Wohnung des Viertels niedergestochen und anschliessend vom Täter in seine Wohnung gebracht. Das Ziel der durchgeführten Spurensicherung war hauptsächlich, den Ereignisort zu bestimmen und das Tatvorgehen zu eruieren. Da der Täter vor Ort festgenommen wurde, war seine Identifikation nur zweitrangig.

Der Jahresanfang wurde ebenfalls von den Brandermittlungen im Rahmen des Brandfalls im Dorfkern von Villars-sous-Mont geprägt. Die Suche nach dem Brandherd und das Auffinden der Brandursache wurden durch die starke Zerstörung des Brandortes, die dicke Eisschicht infolge der Löscharbeiten und die prekäre Stabilität der Gebäude erschwert.

Im Verlauf des Frühlings wurden das kriminaltechnische Kommissariat und das Kriminalkommissariat von der Neuenburger Kantonspolizei beauftragt, die Bearbeitung des Selbstmordes von Olivier Guénat, Chef der Kriminalpolizei und angesehene Persönlichkeit der westschweizerischen Polizei- und Forensikwelt, an seinem Domizil in Fresens/NE zu übernehmen. Dieses Ereignis war aussergewöhnlich, da die Spurensicherung in einem anderen Kanton stattfand und wir mit dem Opfer zusammengearbeitet hatten.

2.3.2 Empfang des Nationalratspräsidenten Herrn Dominique de Buman (Operation LATINA), und des Bundespräsidenten Herrn Alain Berset (Operation ALBER)

Am 29. November 2017 und 14. Dezember 2017 fanden auf Freiburger Boden die Empfänge des neuen Nationalratspräsidenten und des neuen Bundespräsidenten statt. Für beide Ereignisse wurde ein KP in Granges-Paccot eingerichtet, um die Führung und die Koordination der jeweiligen Operation zu gewährleisten. Die Sicherheit der Veranstaltungen und der Schutz der zahlreichen VIPs erforderten über hundert Polizisten für jeden Anlass.

2.3.3 Aktionen im Bereich der Prävention

01.01. – 31.12.	Gurten als Lebensretter	Kontrollen des Tragens der Sicherheitsgurte auf dem gesamten Strassennetz des Kantons. 2121 (2672) OB/BF ausgestellt.
01.01. – 31.12.	TECO	Kontrollen betreffend das Benützen des Mobiltelefons am Steuer. 1798 (2021) Automobilisten wurden zur Anzeige gebracht. Aktion wird weitergeführt.
01.01. – 31.12.	Aktion 2-Räder – Radarkontrollen	Gezielte Geschwindigkeitskontrollen mit Anhalteposten auf Strassen, die regelmässig von Motorradlenkern befahren werden. 115 (179) Verzeigungen. Aktion während der Motorradsaison.
09.01. – 13.01. 24.04. – 28.04.	Schulanfang	Überwachen der Einhaltung der wichtigsten Verkehrsregeln mit Geschwindigkeitskontrollen bei Schulen und auf Schulwegen. 2778 (3073) Lenker haben die erlaubte Höchstgeschwindigkeit überschritten und 17 (29) den Vortritt beim Fussgängerstreifen nicht gewährt. Zusätzlich wurde das Tragen der Sicherheitsgurte kontrolliert. Seit 2015 wird diese Aktion dreimal jährlich durchgeführt (nach den Weihnachts-, den Oster- und den Sommerferien).
21.08. – 06.09.	Zu Fuss zur Schule	In Zusammenarbeit mit dem ASS wurde eine Kampagne durchgeführt, die Kinder ermutigen sollte, zu Fuss zur Schule zu gehen. Dabei wurde auch die Problematik der Eltern-Taxis thematisiert. Es wurde ein Wettbewerb organisiert, der die Kinder motivieren sollte, den Weg bis zur Schule oder zur Bushaltestelle selber zu bestreiten. Insgesamt nahmen 300 Klassen der 1. bis 4. Stufe HarmoS, das heisst 5544 Schüler/innen, daran teil. 150 Flyer wurden verteilt.
14.07. – 31.08.	CILLO	Diese Aktion sollte die Radfahrer/innen besonders in der Stadt

11.09. – 13.10.		zur Einhaltung der Verkehrsregeln animieren, um die Unfallrate mit Beteiligung von Zweirädern zu verringern. Die Aktion wurde während der Sommersaison in der Region Nord und im Herbst in der Region Zentrum durchgeführt. Die bürgernahe Polizei wurde hauptsächlich für Fahrrad-Patrouillen im Einsatz. Insgesamt wurden 74 Radfahrer/innen angezeigt und 110 Flyer verteilt.
03.11.	Tag des Lichts	MADE VISIBLE ist eine schweizweite Kampagne zum Thema Sichtbarkeit im Strassenverkehr. Die Gesamtverantwortung für die Kampagne trägt der Touring Club Schweiz TCS. Partner ist die bfu – Beratungsstelle für Unfallverhütung. Die Finanzierung erfolgt durch den Fonds für Verkehrssicherheit FVS. Die Kantonspolizei hat diese Kampagne in Zusammenarbeit mit den Gemeindepolizeien mit Kontrollen der Sichtbarkeit der Strassenbenutzer (insbesondere Fussgänger und Radfahrer) verlängert. 2118 (1741) Flyer wurden verteilt. 8 (35) Lenker wurden angezeigt und 217 (339) Mängelkarten ausgestellt.
04.11. – 18.11.	Aktion «LUX» MADE VISIBLE	

2.4 Besondere Bereiche

2.4.1 Fahrende

Die Freiburger Behörden haben am 12.07.2017 den multifunktionellen Standplatz La Joux-des-Ponts eingeweiht. Zwischen dem 13.07.2017 und dem Saisonenddatum vom 24.10.2017 haben unsere Dienste 191 Wohnwagen für ein Total von 2577 Übernachtungen registriert. Der für eine Öffnungsperiode von 103 Tagen berechnete Belegungsgrad des Standplatzes beläuft sich auf 62 %. Die Anwesenheitsquote beträgt 98 % (in dieser Zeitspanne nur 2 Tage ohne Wohnwagen). Der Einsatz der Beamten Region Süd für die Ankünfte, Abfahrten und Durchgänge beträgt 317 Stunden und 150 Stunden Verwaltungsadministration (Kontakte, Inkasso und Behandlung von Nutzungsproblemen – WC, Stromnetz und Wasser). Insgesamt ist die Nutzungsbilanz dieser ersten Saison positiv. Es wurden keine Strafanzeigen und Reklamationen von Drittpersonen und Anwohnern aufgenommen. Das Verhältnis «Polizei – Fahrende» war zufriedenstellend. Die Einrichtung unerlaubter Lager im Kanton hat deutlich abgenommen. Über die ganze Saison intervenierten unsere Dienste, abgesehen vom offiziellen Standplatz, bei 10 eingerichteten Rastplätzen und 5 Einrichtungsversuchen, was einem Total von 262 Wohnwagen für 1188 Übernachtungen entspricht. Davon entfallen nur 2 Rastplätze und 3 Einrichtungsversuche auf die Öffnungsperiode des offiziellen Standplatzes. Der Standplatz sollte, je nach Fortschritt der Anpassungsarbeiten, am 15. April 2018 wieder öffnen.

2.4.2 Personenschutz

Die Interventionsgruppe (GRIF) hat im Jahr 2017 in 78 (2016: 37) Fällen für Persönlichkeiten Personenschutz geleistet, davon 34 (22) Vertreter der Bundesbehörden und 44 (15) ausländische Persönlichkeiten zu Besuch in unserem Land.

2.4.3 Ausschaffungen

Im Jahr 2017 hat die Kantonspolizei in 23 (2016: 15) Fällen aus der Schweiz ausgewiesene Ausländer zurück in ihr Heimatland begleitet. Zurzeit sind 21 Gendarmen, davon 5 Beamtinnen, für solche Aufträge ausgebildet. 5 weitere Beamte werden diese Ausbildung in diesem Jahr absolvieren.

2.4.4 Ordnungsdienst

Zusätzlich zum täglichen Polizeidienst sind die Gendarmen bis zum 40. Lebensjahr in eine Ordnungsdienst-Kompanie eingeteilt. Diese Altersgrenze kann sich je nach Personalbestand verändern. Sie wird für Kaderleute grundsätzlich nicht angewendet.

Um im Falle von Grossveranstaltungen über eine einheitliche Ausbildungs- und Einsatzmethode zu verfügen, haben sich die Westschweizer und das Tessiner Polizeikorps in einer Gruppierung für den Ordnungsdienst zusammengeschlossen, die unter der Bezeichnung GMO (Groupement romand de maintien d'ordre) bekannt ist.

Im vergangenen Jahr standen 642 (2016: 585) Beamte in 24 (26) Fällen für den Ordnungsdienst im Kanton im Einsatz, darunter waren 17 (12) Eishockeyspiele des HC Freiburg Gottéron, 2 (6) Fussballspiele und 5 (7) Einsätze für verschiedene Veranstaltungen. An diesen Veranstaltungen leisteten die Beamten 4147 (3552) Stunden. Im Rahmen dieser Sportveranstaltungen wurden 63 (7) Stadionverbote durch die Freiburger Sportvereine und 2 (3) Rayonverbote durch die Polizei ausgesprochen. Der Anstieg der Verbote steht im Zusammenhang mit der Intervention vom 28.01.2017 in Freiburg (Konfrontation zwischen Freiburger und Walliser Hockey-Fans).

Unter der Leitung des GMO standen 183 (73) Beamte im Rahmen des WEF 2017 (World Economic Forum) in Davos, für die Unterschrift des Vertrags von Zypern in Genf, für den Besuch des Präsidenten von China, für den Schweizer- Fussball-Cupfinal (FC Sion–FC Basel), für das Fussballspiel der Europa League FC Sion–FK Suduva, für die Veranstaltung Royal de Luxe und für die Syrien-Konferenz im Einsatz. Dabei leisteten sie 9138 (3702) Stunden.

2.4.5 Polizeihunde

	2016	2017
Anzahl Hunde	12	12
Anzahl Einsätze, davon:	301	336
Verhaftungen und/oder Auffinden von Diebesgut	25	38
Beschlagnahmungen durch Drogenspezialisten	83	93
Personensuche	189	198
Sicherheitsdurchsuchungen durch Sprengstoffspezialisten	4	7

In 31 (2016: 31) Fällen bei Interventionen (Fährte – Suche von Gegenständen – Personensuche – Schutzarbeit) und in 51 (50) Fällen bei der Suche nach Drogen war der Einsatz des Hundes von Erfolg gekrönt.

2.4.6 Verkehrserziehung

Der Sektor der Verkehrserziehung bewältigte im Verlauf des Jahres 2017 folgende Aufgaben:

	2016	2017
Verkehrslektionen in Schulen und Instituten	1360	1385
Ausbildung von Schülerpatrouilleuren (Kinder)	1118	1070
Ausbildung von Schülerpatrouilleuren (Erwachsene)	438	589
Prüfung zur Erlangung des Führerausweises (Anzahl Personen)	1033	1112
Verkehrsunterricht für Minderjährige (Verzeigt wegen SVG-Vergehen)	7	6

2.4.7 Sektor Kommunikation und Prävention

2.4.7.1 Tätigkeit

Im Jahr 2017 befasste sich der Sektor Kommunikation und Prävention mit folgenden Medienaktivitäten:

	2016	2017
Pressemitteilungen	514	346
Pressekonferenzen und punktuelle Presse-Infos	11	10
Anfragen von Journalisten	918	803
SMS-Alarmmeldungen über aussergewöhnliche, aktuelle Ereignisse	5	3

Ausserdem besuchten 306 891 Personen unsere Webseite. Die Kantonspolizei verfügt erst seit dem 31. Juli 2015 (Datum der Migration auf das Internetportal www.fr.ch) über statistische Erhebungen.

Auf dem gesamten Kantonsgebiet wurde mit Informationsständen Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Der Sektor Kommunikation und Prävention wirkte insbesondere an folgenden Veranstaltungen mit:

31.01. – 05.02.	Start! Forum der Berufe
11. – 12.03.	Juniors Day im Forum Freiburg
14.04.	Nationaler Tag des 144 in Freiburg
30.04.	SlowUp in Murten
19.05.	LudiMania'K in Estavayer-le-Lac
14.06.	Wave Trophy in Freiburg
09.07.	SlowUp de la Gruyère
14. – 17.09.	Gewerbeausstellung Murten
23.09.	Tag der Zweisprachigkeit in Freiburg
11.11.	Speed Debating organisiert von Jugend und Politik Sense in Düringen
18.11.	Corrida in Bulle
27.10. – 05.11.	Greyerzer Messe in Bulle

2.4.7.2 Besondere Ereignisse

2.4.7.2.1 Pressekonferenzen und punktuelle Presse-Infos

Im Jahr 2017 hat die Polizei 10 Medienkonferenzen/-orientierungen organisiert. Die Pressekonferenzen zu den Verkehrsstatistiken, zur Kriminalität und zur öffentlichen Ordnung (März) sowie zur Murtensee-Überquerung (Juli) fanden wie gewohnt statt. Der Sektor Kommunikation und Prävention lud die Journalisten zudem zu folgenden Gelegenheiten ein: Eröffnung des IPaz (Januar); Einweihung des multifunktionalen Standplatzes La Joux-des Ponts (Juli); Einweihung der Polizeiposten der bürgernahen Polizei von Flamatt und Plaffeien (August und September); Start der Kampagne «Zu Fuss zur Schule» (August); Europäischer Verkehrserziehungs-Wettbewerb (September); Einweihung des neuen Kommandogebäudes der Kantonspolizei (November).

2.4.7.2.2 Verkehrssicherheits-Kampagnen

Im Verlaufe des Jahres 2017 wurden verschiedene Kampagnen zur Verkehrssicherheit, durchgeführt. Der Sektor Kommunikation und Prävention unterstützte die Gendarmerie, die für die Kampagnen verantwortlich ist, indem er mehrere Pressemitteilungen veröffentlichte und Informationen in die sozialen Netzwerke stellte. Die Hauptthemen waren: Schulanfang (vermehrte Kontrollen in der Nähe von Schulen), die Ausrüstung der Fussgänger, Radfahrer und Fahrzeuge (nationale Kampagne «Made visible») in Zusammenarbeit mit der bfu, das Verhalten der Radfahrer und Automobilisten im Stadtverkehr (Film «Der Velofahrer») in Partnerschaft mit der SUVA, Alkohol am Steuer (nationale Kampagne «Wer fährt, trinkt nicht») in Zusammenarbeit mit der bfu.

2.4.7.2.3 Präventionskampagne gegen die Kriminalität

Im Rahmen unserer Beteiligung an der Berufsmesse Start! und an der Greyerzer Messe legten wir den Schwerpunkt auf die Cyber-Kriminalität (soziale Netzwerke – Social Engineering – Sextortion). Am nationalen Tag gegen Einbruchdiebstahl vom 30.10.2017 wurde in Zusammenarbeit mit dem RBT-Konkordat (Romandie-Bern-Tessin) an stark frequentierten Orten eine Anti-Einbruchdiebstahl-Kampagne mit Verteilung von Flyern durchgeführt.

Die Präventionskampagnen gegen verschieden Diebstahlarten (in Umkleidekabinen – Trickdiebstahl – Entreisssdiebstahl – Einbruchdiebstahl in der Ferienzeit – Einbruchdiebstahl in der Abenddämmerung), die in den letzten Jahren gemeinsam mit dem RBT-Konkordat durchgeführt worden waren, wurden wieder aufgenommen und in der Jahreszeit ihrer grössten Häufigkeit geführt. Die Präventionsbotschaften wurden mit Plakaten sowie Pressemitteilungen und Posts in den sozialen Netzwerken verbreitet.

Während der Feiertage am Jahresende wurde in den Einkaufszonen des Kantons eine Kampagne zur Prävention von Diebstählen durchgeführt. Sie wurde mit der verstärkten Präsenz von uniformierten Beamten und der Veröffentlichung von Mitteilungen in den sozialen Netzwerken umgesetzt.

Zudem wurden im Verlauf des Jahres 15 Besuche bei Privatpersonen und Firmen durchgeführt, bei denen Präventionsratschläge zum Einbruchschutz erteilt wurden.

2.4.7.2.4 Soziale Medien

Die Kantonspolizei tritt in verschiedenen sozialen Medien auf: Facebook (zwei Seiten): seit dem 15.10.2014, Seite der Kantonspolizei Freiburg verzeichnete 2017 9572 «Likes», 9688 Abonnenten, 150 Publikationen und die Seite des IPaz (seit 01.01.2017) 2144 «Likes», 2122 Abonnenten, 58 Publikationen; Google+ (seit 03.11.2014):

111 Abonnenten; Twitter (seit 30.10.2014): 1926 Tweets, 1444 Abonnenten; YouTube: 190 806 Besuche, 208 Abonnenten und Issuu (seit 23.12.2014): 31 Publikationen, 4 Abonnenten.

2.4.7.2.5 Öffentlichkeitsarbeit

Die Kantonspolizei verschaffte zahlreichen Besuchern Einblick in ihre unterschiedlichen Dienststellen. Im Jahr 2017 empfing sie 51 Gruppen zu einem Besuch (zirka 1000 Personen). Zudem wurden im Verlauf des Sommers in den Regionen Nord, Zentrum und Süd 19 Ferienpass-Programme durchgeführt. Zusätzlich waren die Polizeibeamten an der Animation von zirka 30 Konferenzen mit unterschiedlichen Themen in den Bereichen Sicherheit und Prävention beteiligt.

2.4.8 Büro für Waffen und Sprengstoffe

2.4.8.1 Tätigkeit

Im Jahr 2017 war das Waffenbüro unter anderem in folgenden Bereichen tätig:

	2016	2017
Waffenerwerbsbewilligungen (Zivil)	1014	1020
Waffenerwerbsbewilligungen (Leihwaffen und Waffenübernahme bei Dienstentlassung – Armee & Polizei)	146	160
Einvernahmen von Personen im Zusammenhang mit dem Antrag zum Erhalt einer Waffenerwerbsbewilligung	59	54
Ausnahmebewilligungen zum Erwerb von Waffen	14	22
Waffentragbewilligungen	47	44
Europäische Feuerwaffenpässe	90	106
Nachträge in europäische Feuerwaffenpässe	53	48
Abgewiesene Gesuche (Kauf und Tragen von Waffen)	22	22
Kontrolle von Waffenhandlungen	2	1
Kontrolle von Sammlern automatischer Waffen	25	3
Bescheinigungen für die Verwendung von Sprengmitteln & Feuerwerk Kat. 4	12	11
Erwerbsscheine für Sprengstoffe	14	13
Kontrolle von Sprengstofflagern (Verwender)	5	3
Bewilligungen zum Verkauf von Feuerwerksartikeln Kat. 2 und 3 (Silvesterfeiern)	69 (13)	63 (21)
Bewilligungen zum Erwerb und Abbrand von Feuerwerk Kat. 4	84	90
Beschlagnahme von Waffen (Fälle)	295	308
Ermittlungen	134	123
Erste Stellungnahme bei Administrativverfahren	15	21
Freiwilliger Verzicht auf Waffen bei Administrativverfahren (Fälle)	50	23
Rückgabe von Gegenständen und/oder Waffen an die Besitzer (Fälle)	30	29
Rückgabe von Ordonnanzwaffen an die Logistikkategorie Grolley (Fälle)	11	10
Vernichtung von Waffen (Stückzahl) (davon 196 Behördenwaffen)	494	899

	2016	2017
Waffenabgabe durch Dritte zur Vernichtung (Stückzahl)	137	97
Abgabe von Munition durch Dritte zur Vernichtung (in Kilogramm)	Ca. 230	Ca. 350
Abgabe von Sprengstoff zur Vernichtung (in Kilogramm)	Ca. 50	Ca. 170
Abgabe von Zündern zur Vernichtung (in Stück)	70	410

2.4.8.2 Besondere Ereignisse

Der neue Fragebogen für die Waffentragprüfungen wurde eingesetzt. Der Fragebogen, der über die Datenbank ARMADA abrufbar ist, hat von Anfang an problemlos funktioniert. Bemerkenswert war die grosse Menge an Waffen, Munition und veraltetem Sprengstoff, die zur Entsorgung abgegeben wurde.

2.4.9 Sicherheitsunternehmen

Im Jahr 2017 wurden ausgestellt:

	2016	2017
Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal	159	160
Ausübungsbewilligungen	148	94
Betriebsbewilligungen	3	1
Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal in öffentlichen Gaststätten	5	4
Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal in Geschäften	2	1

Zurzeit sind im Kanton Freiburg 15 Sicherheitsunternehmen im Besitze einer Betriebsbewilligung (2016: 16).

2.5 Logistik

2.5.1 Informatik und Telekommunikation

Für das Jahr 2017 waren die Schwerpunkte im Bereich Informatik und Telekommunikation folgende:

- > NATOUS – MobileIron: Inbetriebnahme von mehreren Berufsanwendungen auf Smartphones;
- > POLYCOM 144 JU: Begleitung und technische Konsultation;
- > Migration SAGA V 6: Analyse, Tests und Inbetriebnahme;
- > MAD3: Betreuung und Koordinierung der Arbeiten mit dem Sektor der Gebäudeverwaltung;
- > Zentrales Informationssystem Zephyr – Archivierung und Beseitigung der Daten – Schnittstelle SuissePol Index: Abschluss der Entwicklungsarbeiten, Tests und Inbetriebnahme;
- > Migration SAN: Installation, Tests und Inbetriebnahme;
- > Migration Win 7 auf Win10 (Office 2016) – Bildaufbereitung: Analyse, Tests und Inbetriebnahme;
- > Zentrale Plattform der Kripo-Überwachungssysteme: Analyse, Tests und Inbetriebnahme;
- > Videoüberwachung der Polizeigebäude: Migration Standort IZG Zentrum;
- > Anwendung für Bestellungen: Tests und sukzessive Inbetriebnahme (E-Shop);
- > Unterhalt und Betrieb der Informatiksysteme der Kantonspolizei und des ACC;
- > Unterhalt und Betrieb des POYLCOM-Netzes (28 Standorte – Antennen, 1560 Endgeräte verschiedener Dienste).

2.5.2 Fahrzeuge

Betrieb und Verwaltung der Fahrzeugparks der Kantonspolizei:

	2016	2017
Autos	235	235
Motorräder	11	11
Schiffe	5	5
E-Bikes	14	14

Dieses Jahr haben wir zwei neue vollelektrische Autos bestellt. Es handelt sich um die ersten beiden Autos dieses Typs. Sie werden Anfang 2018 ausgeliefert. Es werden weiterhin Fahrzeuge mit Energieetikette A oder B bevorzugt. Sieben neue Elektrofahrräder wurden angeschafft.

2.5.3 Gebäudeverwaltung

Im Rahmen des Unterhalts der 45 Gebäude unserer verschiedenen Dienststellen wurden 60 interne Umzüge und Versetzungen vorgenommen, 51 grössere und mittlere Projekte verwirklicht und 55 Aufträge an die Handwerker des Staates vergeben. Es wurden über 1350 verschiedene Arbeiten ausgeführt (Renovationen, Unterhalt, Malerarbeiten, Böden, Reparaturen usw.). Die Hauptprojekte:

- > Bau des Kommandogebäudes in Granges-Paccot (MAD 3) und Umzug;
- > Bau der neuen Posten in Plaffeien und Flamatt;
- > Erstellung einer neuen Software für die 250 Benzinschlüssel unserer Fahrzeuge;
- > Sanierung und Sicherheitskonzept für die Posten in Villars-s-Mont – Porsel – Courtepin – Sugiez – Cheyres;
- > Sanierung des Depots in Châtillon;
- > Vergrösserung der GIP-Zone im EZG Nord;
- > Sanierung der Arbeitsplätze in der EAZ;
- > Sanierung der IP-Kameras im EZG Zentrum;
- > Einrichtung von Arbeitsplätzen im Sektor Jugendbrigade;
- > Komplettsanierung der Trinkwasser- und Sprinkleranlage im Gebäude 4 / 8 / 10, Ch. de la Madeleine in Granges-Paccot;
- > Sanierung eines Teils der Parkplätze im EZG Zentrum;
- > Studie zur Vergrösserung der EZG Süd und Nord – Seepolizei in Portalban.

2.5.4 Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung (BAB)

Der Sektor Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung ist verantwortlich für die Verwaltung der persönlichen und kollektiven Ausrüstung sowie für die Bewaffnung der Kantonspolizei. Er ist auch zuständig für die Grundausrüstung der Aspirantinnen und Aspiranten der Polizeischule.

Für das Jahr 2017 ist Folgendes hervorzuheben:

- > Mitarbeit in verschiedenen UNIMATOS-Arbeitsgruppen;
- > VIGIPOL / SPEED, Anschaffung Gewehre SIG 553;
- > Umzug ins neue Gebäude MAD3;
- > Anschaffung des Tenues für Instruktooren;
- > Einführung des E-Shops für Beamte und des Systems Lagerbewirtschaftung;
- > Anschaffung der mobilen Fahrzeugabspernung.

2.5.5 Buchhaltung

Für das Jahr 2017 erstellte die Buchhaltung der Kantonspolizei gestützt auf die Verordnung vom 22. Dezember 2009 über die Gebühren der Kantonspolizei (SGF 551.61) 21 791 Rechnungen (2016: 18 496). Ein Totalbetrag von 6 799 236 Franken wurde in Rechnung gestellt (2016: 6 489 304 Franken).

3 Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM)

Amtsvorsteher: Jean-Denis Chavaillaz

3.1 Auftrag des Amtes

Der Auftrag des Amtes ist es, die Tätigkeiten des Bevölkerungsschutzes zu koordinieren und die Führung im Falle eines Einsatzes sicherzustellen, den Zivilschutz und die Militärangelegenheiten zu verwalten sowie den Unterhalt der dem Kanton gehörenden Militärgebäude zu garantieren.

3.2 Bevölkerungsschutz

3.2.1 Ordentliche Tätigkeit

Der Bevölkerungsschutz hat an verschiedenen Sitzungen und Arbeitsgruppen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS), des Bundesamtes für Umwelt (BAFU), des Bundesamtes für Energie (BFE), der MeteoSchweiz, der Nationalen Alarmzentrale (NAZ) und der Eidgenössischen Kommission für Telematik im Bereich Rettung und Sicherheit teilgenommen.

Im Rahmen des vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) initiierten Projekts «Schutz kritischer Infrastrukturen» wurden die Objektdossiers mit den Betreibern abgeschlossen. Zudem wurde die Erstellung eines Schutzplanes einer kritischen Infrastruktur von nationaler Bedeutung mit den betroffenen Partnern des Bevölkerungsschutzes und dem Betreiber begonnen.

Mit dem Ziel einer gleichzeitigen Inkraftsetzung mit dem Eidgenössischen Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) am 1. Januar 2020 wurden Vorbereitungen zur Revision des kantonalen Gesetzes über den Bevölkerungsschutz (BevsG) getroffen. Dazu wurden die Oberamtmänner, die Gemeinderäte und die GFO-Chefs u. a. über die allgemeine Ausrichtung der Revision informiert.

Im Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit dem Kanton Wallis bei der Ausbildung und beim Einsatz von post-seismischen Spezialisten (Evaluation der Bewohnbarkeit von Gebäuden nach einem Erdbeben) haben Vorbereitungsarbeiten stattgefunden, darunter eine Besichtigung vor Ort durch das kantonale Führungsorgan (KFO) und den Staatsrat. Eine diesbezügliche Vereinbarung sollte 2018 unterzeichnet werden.

Als Konkretisierung der im Einsatzplan «Ausfall der Informationsnetze» aufgeführten Massnahmen wurden die Arbeiten für eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit den Freiburgischen Kurzwellen-Funkamateuren aufgenommen.

Da Swisscom ihre Telefondienste mit neuen Schnittstellen (IP-Migration, Änderung des SMS-Protokolls) in Betrieb nehmen wird, haben die Anpassungsarbeiten des Mobilisierungssystems GAFRI begonnen.

In Zusammenarbeit mit der Haute Ecole d'Ingénierie et de Gestion du canton de Vaud (HEIG-VD), dem GIS-Kompetenzzentrum (GIS-KZ) und Groupe E AG hat ein Student im Rahmen seiner praktischen Jahresabschlussarbeit Karten erstellt, welche die durch einen elektrischen Lastabwurf betroffenen Sektoren genau aufzeigen.

In Zusammenarbeit mit den Partnern des Bevölkerungsschutzes wurden Sicherheitswesten angeschafft, welche es erlauben, die verschiedenen Funktionen des Führungsdorfes PCE (Plan ORANGE) zu differenzieren und besser zu erkennen.

3.2.1.1 Übungen

Am 4. April 2017 fand eine von der Nationalen Alarmzentrale (NAZ) organisierte Übung «Ausbreitung radioaktiver Stoffe in Fliessgewässern» statt, mit dem Ziel, den entsprechenden Einsatzplan zu testen.

Am 12. Mai 2017 fand im Rahmen des Plan ORANGE eine Mobilmachungsübung statt. Es ging dabei hauptsächlich darum, die Aufstellung des Führungsdorfes zu testen.

Vom 26. bis 28. September 2017 hat das KFO in einer reduzierten Zusammensetzung an der vom Bund organisierten Gesamtnotfallübung «RAROS» teilgenommen. Thema der Übung war ein Störfall im Kernkraftwerk Mühleberg. Es wurden die Notfallprozedere sowie die Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern getestet. Letzteres geschah, indem das reduzierte Freiburgische KFO während den zwei letzten Tagen in das Bernische Führungsorgan integriert wurde.

3.2.1.2 Kantonales Führungsorgan

Das kantonale Führungsorgan (KFO) hat 2017 sechs ordentliche Sitzungen abgehalten.

Im Jahr 2017 hat mit dem Rücktritt des stellvertretenden Chefs Zivilschutz, Herrn Patrick Nyfeler, eine Personalmutation innerhalb des KFO stattgefunden.

Um der Trockenheit der Wasserläufe zu begegnen, wurde vom 12. Juli bis 23. August 2017 das KFO mit den notwendigen Spezialisten aufgeboden.

Die KFO-Spezialisten wurden am 8. Juni 2017 zum Jahresrapport eingeladen. Zudem konnten sie an Ausbildungsmodulen teilnehmen, welche von einem Instruktor des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) im Landwirtschaftlichen Institut von Grangeneuve angeboten wurden. Schwerpunkte der Ausbildungswochen waren Führungsaufgaben und das Erstellen von Produkten für das KFO.

3.2.1.3 Gemeindeführungsorgane

Der Jahresrapport der GFO-Chefs wurde am 1. Dezember 2017 im Armeelogistikcenter Grolley (ALC-G), Standort Romont, abgehalten. Die Teilnehmer wurden über die 2017 durchgeführten Arbeiten in den Bereichen KFO, Bevölkerungsschutz, GFO, sowie über das Projekt zur Revision des Bevölkerungsschutzgesetzes (BevSG) informiert. Die Ausbildung der GFO-Mitglieder wurde im Ausbildungszentrum des Zivilschutzes von Zivilschutzinstruktoren weitergeführt.

In enger Zusammenarbeit mit der Armee wurde eine Übung vorbereitet, um die Kooperation eines GFO mit den militärischen Truppen im Falle einer Evakuierung eines Pflege- und Altersheimes zu testen. Die praktische Übung fand am 20. Oktober 2017 mit dem GFO Basse-Broye in Domdidier statt.

3.2.1.4 Einsatzpläne

Folgende Einsatzpläne wurden erstellt und vom KFO genehmigt:

- > STFFV-Einsatzplan für den Standort HFR – freiburger spital, als Ergänzung zum Einsatzplan, welchen das Unternehmen für die Feuerwehr erstellt;
- > «Ausfall der Informationsnetze», mit dem einem Zusammenbruch der Kommunikation mit der Bevölkerung und zwischen den ORCAF-Partnern begegnet werden kann;
- > Plan zur nachträglichen Verteilung von Jodtabletten;
- > Umfahrung der Zone 2 Mühleberg;
- > «Wasseralarm» zur Reaktion auf einen Staudammbruch.

Folgende Einsatzpläne wurden aktualisiert:

- > «Ausbreitung radioaktiver Stoffe in Fliessgewässern»;
- > «Hitzewelle»;
- > «Hochwasser».

Auf Antrag des KFO hat der Bevölkerungsschutz mit den notwendigen Partnern, u. a. jenen der Nachbarkantone, die Erarbeitung verschiedener Einsatzpläne aufgenommen:

- > Grossräumige Evakuierung;
- > Massendekontamination;
- > Krisen bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kohlewasserstoffen und Heilmitteln;
- > «LAGO TRE» zur Bewältigung eines Grossunfalls (Plan ORANGE) auf den drei Seen.

3.3 Zivilschutz

3.3.1 Auftrag

Der Bereich Zivilschutz (ZS) plant und führt die Aufgaben in folgenden Bereichen:

- > Operationen: Ausbildung und Einsatz des ZS-Bataillons, Beschaffung und Verwaltung des Materials, der Fahrzeuge sowie der Ausrüstung, Unterhalt und Betrieb der Führungsinfrastruktur, Betrieb der Übermittlungssysteme (POLYCOM), Alarmierung der Bevölkerung;
- > Ausbildung: Grund- und Zusatzausbildung der ZS-Pflichtigen, Ausbildung der Mitglieder der Gemeindeführungsorgane;

Support: Verwaltung der Betriebsinformatiksysteme, Verwaltung und Aufgebot der Zivilschutzangehörigen, Behandlung von Dossiers im Zusammenhang mit der Pflicht zum Bau von Zivilschutzräumen.

3.3.2 Operationen

3.3.2.1 Organisation

Zwecks Konkretisierung der Bataillonsstruktur des kantonalen Zivilschutzes wurde ein Milizstab geschaffen.

Anlässlich eines Kommandantenrapportes sind der Kommandant des Zivilschutzes und die Kompaniekommandanten der Stabskompanie sowie der drei Einsatzkompanien zusammengekommen. Es ging einerseits darum, eine Bilanz der Einsätze des vergangenen Jahres zu ziehen sowie andererseits die Kommandanten über die Einsätze zu Gunsten der Allgemeinheit und die anstehenden Wiederholungskurse im Jahr 2018 zu informieren.

3.3.2.2 Wiederholungskurse

Im Verlauf des vergangenen Jahres wurden zahlreiche Kurse organisiert. Sie dienten hauptsächlich dem Unterhalt der Schutzbauten, den Einsätzen zu Gunsten der Allgemeinheit und den Unterstützungsleistungen im Rahmen von Übungen oder Ausbildungsdiensten der Truppe.

Trotz der kurzen Dienstperioden wurden zahlreiche Dienstverschiebungsgesuche eingereicht. Diese Gesuche werden analog zum Verfahren, welches im ABSM für die Militärdienstpflichtigen angewandt wird, gehandhabt.

3.3.2.3 Einsätze

Zur Unterstützung der Partner des Bevölkerungsschutzes fanden wiederum Einsätze statt, nämlich im Januar in Villars-sous-Mont (Grossbrand) und im Sommer anlässlich von Gordon Bennett, der Gasballon-Weltmeisterschaft. Der ZS wurde dabei für den Auf- und Abbau der Infrastruktur, für den Betrieb des Kommandopostens sowie für die Verkehrsregelung und die Bewirtschaftung der Parkplätze eingesetzt.

3.3.3 Ausbildung

3.3.3.1 Organisation

Das Ausbildungszentrum für den Zivilschutz in Sugiez (ZSAZ) organisiert Zivilschutz-Grundausbildungen und Kurse für Kader und Spezialisten (kantonal und interkantonal) sowie Kurse für Gemeindeführungsorgane. Letztere werden im Zentrum in Sugiez oder vor Ort in den Gemeinden durchgeführt.

3.3.3.2 Auslastung

Anzahl Dienstage	
Ausbildungsschulen	1 731
Interkantonale Kaderkurse	170
Wiederholungskurse	730
Andere (ASTAG, BABS, Polizei usw.)	1 536
Total	4 147

Teilnehmer von Grundausbildungsschulen in Sugiez

Betreuer	29
Pionier	41
Stabsmitarbeiter	13
Anlagewart	7
Materialwart	15
Koch	9
Gruppenführer Unterstützung	18
Gruppenführer Betreuung	6
Führungsgehilfe KFO-GFO	0
Fahrer	7
Total	145

Interkantonale Kurse für Kader und Spezialisten sowie eidgenössische Kurse		
Funktion	Ausbildungszentrum	Teilnehmer
Gruppenführer Unterstützung	Spiez	1
Zugführer Betreuung	Bernex / Tramelan	3
KGS-Spezialisten	Couvet	3
Gruppenführer Betreuung	Spiez	1
Kurse des Bundes / BABS	Schwarzenburg	20
Kurse für Ausbildungspersonal / BABS	Schwarzenburg	2
TOTAL		30

3.3.4 Support

3.3.4.1 Verwaltung und Informatik

Die zentrale Informatikplattform PISA wird nun in allen Kantonen eingesetzt. Der gesamte Datenaustausch geschieht online. Zwecks Datenpflege der Adressen ist das System mit der kantonalen Einwohnerdatenbank FriPers verbunden.

Der Kanton Freiburg vertritt die lateinische Schweiz weiterhin in der nationalen Arbeitsgruppe PISA-Zivilschutz. Diese Arbeitsgruppe hat zum Ziel, die Anwendung ständig zu verbessern und weiterzuentwickeln.

3.3.4.2 Disziplinarwesen

Disziplinarfälle 2017	
Einstellung des Verfahrens nach vorgängiger Strafuntersuchung	16
Verwarnung (leichte Fälle)	2
Überweisung wegen Zuwiderhandlung gegen das Bundesgesetz	31

3.3.4.3 Rekrutierung

Rekrutierung 2017							
Rekrutierungs- zentrum	Stabs- mitarbeiter	Betreuer	Pionier	Anlagewart	Materialwart	Koch	Total
Lausanne (f)	27	37	38	10	10	5	127
Sumiswald (d)	16	13	16	5	5	1	56
Total	43	50	54	15	15	6	183
2016							244

3.3.5 Bauten

Unterhalt der Schutzanlagen

Aufgrund von eingereichten Belegen wurde bestimmten Gemeinden die Bewilligung erteilt, Aufwendungen im Bereich des Unterhalts der Anlagen über den Ersatzbeitragsfond zu finanzieren.

In folgenden Schutzanlagen wurde 2017 eine periodische Kontrolle durchgeführt:

Anlage	Typ	Resultat
Kerzers	KP II / BSA II* / SanHist	Betriebsbereit
Estavayer	BSA II*	Betriebsbereit
Freiburg, St. Croix	KP I / BSA I	Betriebsbereit
Villars-sur-Glâne	KP I / BSA I / SanHist	Betriebsbereit
Belfaux	KP II / BSA II	Betriebsbereit
Avry	KP III / BSA II*	Betriebsbereit

Anlage	Typ	Resultat
Broc	KP II red / BSA II	Betriebsbereit
Bulle (La Tour-de-Trême)	BSA II*	Betriebsbereit
Bulle (Collège du Sud)	SanHist	Betriebsbereit
Bas-Intyamont	KP III / BSA II* / SanPo	Betriebsbereit
Vuadens	KP III / BSA II	Betriebsbereit
Ursy	KP III / BSA III	Betriebsbereit
Vuisternens-devant-Romont	KP III / BSA III	Betriebsbereit
Granges	BSA III	Betriebsbereit
ACC	RegierungskP	Betriebsbereit

Sirenen

Anlässlich des jährlichen Probealarms der Sirenen im Februar wiesen 2 von insgesamt 258 Sirenen Mängel auf, welche umgehend behoben wurden.

Schutzbauten		Private Schutzräume
Projektierte Schutzräume im Jahr 2017		82
Total Schutzplätze		5 170
in 63 Pflichtschutzräumen		3 392
in 14 Sammelschutzräumen		926
Realisierte Schutzräume im Jahr 2017		65
Total Schutzplätze		3 903
in 46 Pflichtschutzräumen		2 151
in 14 Sammelschutzräumen		843
Laufende Projekte:		371
Anzahl einkassierte Schutzplätze		2 964
Einkassierte Ersatzbeiträge		CHF 2 371 300
Öffentliche Schutzräume		
Genehmigte Projekte im Jahr 2017		5
Anzahl genehmigte Schutzplätze		852
Realisierte Schutzräume im Jahr 2017		5
Anzahl realisierte Schutzplätze		909

3.4 Militärverwaltung

3.4.1 Auftrag

Das Kreiskommando verwaltet die im Kanton wohnhaften Armeeangehörigen, führt die Prozesse betreffend Rekrutierung und Entlassung, behandelt die Dienstverschiebungsgesuche sowie das Disziplinar- und Strafwesen und verwaltet das Schiesswesen ausser Dienst.

Das Büro für Wehrpflichtersatz gewährleistet das Einforderungs- und Betreuungswesen des Wehrpflichtersatzes aller Ersatzpflichtigen des Kantons.

3.4.2 Ordentliche Tätigkeit

3.4.2.1 Offiziersbeförderungen

Der Bundesrat bzw. das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) haben im Jahr 2017 138 Freiburger Offiziere bzw. im Kanton wohnhafte Personen befördert: 8 Oberste, 9 Oberstleutnants, 15 Majore, 18 Hauptleute, 31 Oberleutnants und 57 Leutnants.

3.4.2.2 Ausbildungsdienste der Formationen

Im Jahr 2017 wurden von 792 eingereichten Gesuchen 734 Dienstverschiebungen angenommen (92,7 %) und 58 abgelehnt (7,3 %). Es wurden 12 Wiedererwägungsgesuche behandelt.

Gründe der angenommenen Dienstverschiebungsgesuche

Lehre	6.2 %
Studium	49.3 %
Berufliche Gründe	24.8 %
Berufliche Weiterbildung	6.8 %
Auslandaufenthalt	6.9 %
Ärztliche Gründe	3.0 %
Andere Gründe	3.0 %

Ausserdem wurden 613 Dossiers, welche nicht in unserem Kompetenzbereich stehen, dem Führungsstab der Armee zur weiteren Behandlung zugestellt.

3.4.2.3 Schiesswesen ausser Dienst

Mutationen im Bereich der kantonalen Schiesskommission

Subkommission	Rücktritte per 31.12.2017	Ernennungen per 01.01.2018
1 FR Sense	Oblt Pascal Aebischer	
4 FR See	Maj Fritz Herren	Gfr Walter Meer, Präsident Lt Mischa Brügger

Teilnahme an den eidgenössischen Übungen

	Gewehrschiessen 300 m		Pistolenschiessen	
	Oblig. Schiesspflicht	Eidg. Feldschiessen	Bundes-Programm	Eidg. Feldschiessen
Jahr	Schützen	Schützen	Schützen	Schützen
2017	6868	5057	823	1757
2016	6800	5052	783	1750
2015	6833	4881	800	1728

Anzahl Jungschützen

2017	708
2016	746
2015	486

Dispensationen von der obligatorischen Schiesspflicht

2017	18
2016	17

3.4.2.4 Disziplinar- und Strafwesen

540 Untersuchungen wurden wegen Versäumnis der Schiesspflicht eingeleitet. Sie führten zu 428 Strafverfügungen.

2 Beschwerden gegen diese Verfügungen wurde durch die Sicherheits- und Justizdirektion behandelt. Eine Beschwerde wurde angenommen und eine Beschwerde wurde abgewiesen.

22 Stellungspflichtige wurden für ein erstes Versäumnis, fünf für ein zweites Versäumnis und vier für ein drittes Versäumnis des Orientierungstages disziplinarisch bestraft.

55 Stellungspflichtige wurden für ein erstes Versäumnis, 16 für ein zweites Versäumnis, 9 für ein drittes Versäumnis und 6 für ein viertes Versäumnis an der Rekrutierung disziplinarisch bestraft. Zusätzlich wurden 4 Stellungspflichtige für ein fünftes Versäumnis an die Militärjustiz überwiesen.

3.4.2.5 Rekrutierung

Orientierungstage

30 Orientierungstage wurden von der Kreiskommandantin für die Stellungspflichtigen des Jahrganges 1999 auf dem Waffenplatz Freiburg durchgeführt.

Die Planung der Rekrutenschulen für die 1055 Stellungspflichtigen französischer Muttersprache und die 394 deutschsprachigen Stellungspflichtigen zwischen neunzehn und fünfundzwanzig Jahren haben folgendes Resultat ergeben:

Stellungspflichtige französischer Muttersprache des Jahrgangs 1999		
Jahr	1. Start (Mitte-Januar)	2. Start (Ende Juni)
2018	4,1 %	9,9 %
2019	10,3 %	28,9 %
2020	16 %	13,8 %
2021	5,8 %	5,1 %
2022	2,4 %	1,7 %
2023	0,5 %	0,4 %
2024	0,3 %	0,8 %

Stellungspflichtige deutscher Muttersprache des Jahrgangs 1999		
Jahr	1. Start (Mitte-Januar)	2. Start (Ende Juni)
2018	2,3 %	10,9 %
2019	14 %	30,7 %
2020	19,6 %	9,6 %
2021	6,1 %	3,8 %
2022	1,3 %	1,3 %
2023	0 %	0 %
2024	0,2 %	0,2 %

Organisation der Rekrutierung

Im Jahr 2017 wurden anlässlich der Rekrutierung in den Rekrutierungszentren von Lausanne und Sumiswald BE folgende Entscheide gefällt:

	Lausanne	Sumiswald
Anzahl	1229	438
Diensttaugliche	725 (59 %) davon 119 Durchdiener	284 (64,9 %) davon 50 Durchdiener
SD-taugliche	105 (8,5 %)	49 (11,2 %)
Untaugliche	233 (19 %)	58 (13,2 %)
Untaugliche in abs	76 (6,2 %)	22 (5,0 %)
Zurückgestellte zur Nachrekrutierung	63 (5,1 %)	18 (4,1 %)
Zurückgestellte auf 1 Jahr	19 (1,5 %)	6 (1,4 %)
Zurückgestellte auf 2 Jahre	8 (0,7 %)	1 (0,2 %)

Waffenloser Militärdienst

2017 wurde kein Gesuch um waffenlosen Militärdienst eingereicht.

3.4.2.6 Entlassung aus der Wehrpflicht

599 Armeeangehörige der Jahrgänge 1983 (Rest) 1984, 1985, 1986 und 1987, welche die obligatorische Dienstpflicht erfüllt haben, wurden auf den 31.12.2017 aus der Wehrpflicht entlassen. Die Entlassungsinspektionen wurden während zwei Tagen in der Kaserne La Poya in Freiburg durchgeführt.

In Anwendung der Artikel 11 und 12 der Verordnung vom 5. Dezember 2003 über die persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen (VPAA) mussten die Armeeangehörigen, welche die persönliche Waffe (Sturmgewehr 90, 57 oder Pistole) behalten wollten, einen Waffenerwerbsschein vorlegen. Von den 564 bewaffneten Armeeangehörigen, haben 89 (15,7 %) den Antrag gestellt, die Waffe als Eigentum zu behalten. Anlässlich der Abgabe der Waffe wurde eine vom VBS auferlegte Entschädigung erhoben: 30 Franken für die Pistole, 60 Franken für das Sturmgewehr 57 und 100 Franken für das Sturmgewehr 90.

Die Stabsoffiziere des Jahrganges 1967, die Hauptleute des Jahrganges 1975 und die Subalternoffiziere des Jahrganges 1981, im Gesamten 21 Offiziere, wurden anlässlich einer offiziellen Feier, die vom Sicherheits- und Justizdirektor präsiert wurde, aus der Wehrpflicht entlassen.

3.4.2.7 Wehrpflichtersatz

Der Kanton Freiburg zählte im Jahr 2017 10 478 Ersatzpflichtige. Im Vergleich zu 2004 (Einführung von AXXI) stieg die Zahl der nicht eingeteilten Steuerpflichtigen um 64 %, während die Zahl der Militärdienstversäumer um 42 % sank. Ursachen dieser Entwicklung sind die demographische Entwicklung, die Verschiebung der Rekrutenschule sowie die Befreiung von der Dienstpflicht aus medizinischen Gründen. Das Jahr 2017 zeigt Parallelen zu den vergangenen Jahren auf: Beständigkeit der Einnahmen und Ratenzahlungen, Zunahme der Mahnungen und Betreibungsverfahren und Erhöhung der rückerstatteten Ersatzabgaben.

645 Militärdienstpflichtige und 238 Zivildienstpflichtige wurden im Ersatzjahr 2016 wegen Nichterfüllen der Dienstpflicht der Ersatzabgabe unterstellt.

1000 Ersatzpflichtigen konnte aufgrund geleisteter Dienstage im Ersatzjahr eine Ermässigung der Ersatzabgabe gewährt werden. Die Ermässigung beträgt ein Zehntel pro 50 geleistete Militärdienstage (75 Zivildienstage).

1002 Ersatzpflichtigen, die im Zivilschutz Dienst geleistet haben, konnte eine Ermässigung von 4 % für im Ersatzjahr geleistete Tage gewährt werden.

Die Ersatzabgabe beträgt 3 % des steuerbaren Einkommens, mindestens aber 400 Franken. 3269 Ersatzpflichtigen wurde dieser Mindestbetrag berechnet.

449 Ersatzpflichtige wurden wegen einer körperlichen, mentalen oder psychischen Beeinträchtigung, oder weil sie von der IV eine Invalidenrente erhalten, von der Zahlungspflicht befreit.

90 Ersatzpflichtige wurden von der Zahlungspflicht befreit, weil sie im Militär- oder Zivildienst Gesundheitsschäden erlitten haben.

267 doppelstaatsangehörige Ersatzpflichtige wurden aufgrund internationaler Abkommen von der Zahlungspflicht befreit.

Die Rückerstattung erfolgt, wenn die Gesamtdienstleistung erfüllt ist. 1363 Rückerstattungsentscheide über einen Gesamtbetrag von 620 398 Franken wurden verfügt, also 2,6 % mehr als 2016.

Das Wehrpflichtersatzbüro hat im Rahmen der Vernehmlassung über die Teilrevision des WPEG Stellung genommen. Die Änderungen umfassen drei Hauptpunkte: Harmonisierung der Ersatzpflichtdauer im Zusammenhang mit der Gesetzgebung über die Weiterentwicklung der Armee (WEA) und den Zivildienst; Wegfall der Ersatzpflicht bei Verschiebung der Rekrutenschule (RS); Einführung einer Abschluss-Ersatzabgabe für Militär- und Zivildienstpflichtige, die am Ende ihrer Dienstpflicht entlassen werden, bevor sie alle Dienstage geleistet haben.

In Zusammenarbeit mit der kantonalen Invalidenversicherungsstelle wurden Dossiers von im Kanton wohnhaften Bezüglern einer Hilflosenentschädigung im Alter von 18 bis 34 Jahren kontrolliert und verglichen. Auf diese Weise

wurden mehrere Ersatzpflichtige gefunden, die eine IV-Leistung beziehen. Ihr Anrecht auf Befreiung von der Ersatzpflicht konnte somit anschliessend abgeklärt werden.

Es wurde keine Beschwerde gegen einen Entscheid nach Einsprache beim Verwaltungsgericht eingereicht.

Erhebung des Wehrpflichtersatzes in unserem Kanton

	2017	2016
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen	7 715 389.96	7 784 463.32
Rückerstattungen (Dienstnachholungen)	620 398.45	604 424.45
Reinertrag	7 094 991.51	7 180 038.87
Anteil des Bundes (80 %)	5 675 993.21	5 744 031.10
Anteil des Kantons (20 %)	1 418 998.30	1 436 007.77
In Rechnung gestellte Verzugszinsen	66 769.08	72 302.77
Verrechnete Rückzahlungszinsen	3 038.60	3 825.35
Rückstände	2 638 917.31	2 697 318.14
Betrag der Verlustscheine	186 533.00	145 087.20

Statistiken

	2017	2016
Veranlagungsverfügungen	15 239	16 395
Entscheide minimale Ersatzabgabe (Fr. 400.–)	3 269	3 172
Ersatzbefreiung Art. 4 WPEG	866	851
Annullierte Ersatzabgaben	16 516.30	3 743.03
Erlassene Ersatzabgaben	33 742.65	68 098.95
Ratenzahlungen	1 129	1 113
Mahnungen/Betreibungsankündigungen	2 714	2 464
Betreibungsbegehren	486	433
Rückerstattungsentscheide (Dienstnachholungen)	1 363	1 394
Rückzahlungsentscheide (Revisionen, Überschüsse)	772	907

3.5 Verwaltung der Militärgebäude

3.5.1 Auftrag

Die Verwaltung der Militärgebäude bewirtschaftet die kantonalen Militärbetriebe, d. h. den Waffenplatz Freiburg und den Campus Schwarzsee. Sie kümmert sich um die Personalführung, verwaltet die administrativen und finanziellen Belange und stellt den Unterhalt und die Wartung sicher.

Sie betreut auch die Belegungen des Nationalen Ausbildungszentrums des Zivildienstes und plant und steuert die Belegungen im Bereich Sport- und Freizeit im Campus Schwarzsee.

3.5.2 Ordentliche Tätigkeit

3.5.2.1 Waffenplatz Freiburg – Kaserne La Poya

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

- > Laufender Unterhalt an allen Gebäuden der Kaserne
- > Sanierung aller Zimmer der Offiziere im Gebäude 2 (Böden, Anstrich, Elektrizität, Lavabos usw.)
- > Malerarbeiten und Austausch der restlichen Beleuchtungskörper in allen Korridoren und Treppenhäusern des Gebäudes 3
- > Installation der Alarmübermittlung in allen Aufzügen der Kaserne.

Da der Waffenplatz Freiburg voraussichtlich mindestens bis ins Jahr 2022, eventuell 2023 weiterbetrieben wird, sind diese Unterhaltsarbeiten unbedingt notwendig, um den Soldaten in Sachen Komfort einen angemessenen Standard und ein Maximum an Sicherheit bieten zu können.

3.5.2.2 Campus Schwarzsee

Seit Januar 2016 beherbergt der Campus das nationale Ausbildungszentrum des Zivildienstes. Im April 2016 hat der Bereich Sport- und Freizeit im Campus seinen Betrieb aufgenommen und vermietet seine Infrastrukturen an Dritte.

Folgende Arbeiten und Anschaffungen wurden durchgeführt:

- > Laufender Unterhalt an allen Gebäuden des Campus
- > Verschiedene Anschaffungen (Matratzen, Duvets und Kissen) im Hinblick auf die zukünftige Belegung des Campus
- > Kauf von zwei Kombi-Steamern für eine der beiden Küchen
- > Kauf von drei zusätzlichen Putzmaschinen für den Unterhalt des Campus.

3.5.3 Besonderes

3.5.3.1 Waffenplatz Freiburg

Unterirdische Anlage in Châtillon:

Seit dem Jahr 2016 wird die Anlage unter der Verantwortung der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) für eine unbegrenzte Zeit für die Unterbringung von Asylsuchenden genutzt. Der Leistungsauftrag wurde an die Firma ORS Service AG vergeben, welche die Betreuung der Asylsuchenden sicherstellt.

Die Anlage, welche im Besitz des Staates ist, wurde per 01.01.2017 vollständig demilitarisiert (keine vertragliche Verwendung mehr durch die Armee) und steht somit vollumfänglich dem Kanton zur Verfügung.

Kaserne La Poya:

Beim Personal des Waffenplatzes Freiburg sind zwei Abgänge zu vermelden. Es handelt sich dabei um einen Infrastrukturmitarbeiter (Verantwortlicher Schiessplätze) und eine Reinigungsaushilfe. Beide sind per 31.03.2017, resp. 31.07.2017 in den Ruhestand getreten.

Aufgrund dieser Abgänge wurden die Stellen per 01.05.2017 und per 01.09.2017 neu besetzt.

Dezentralisiertes Materialdepot des Waffenplatzes Freiburg:

Bedingt durch den Weggang (Kündigung) eines Logistikers (Personal des Staates Freiburg) per 31.08.2017 wurde eine neue Logistikerin angestellt. Sie hat ihre Tätigkeit am 01.10.2017 aufgenommen.

3.5.3.2 Campus Schwarzsee

Betrieb:

Die Aufträge, die für den Restaurationsbetrieb im Campus an Compass Group, für die Reinigung der Bettwäsche an die Hostellerie am Schwarzsee und für die Gebäudereinigung an BS-Reinigungen Wünnewil vergeben wurden, wurden erneut ohne grössere Probleme erfüllt. Die guten Leistungen und die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit diesen Partnern haben zum guten Gelingen des zweiten Betriebsjahres des Campus beigetragen.

Die Belegung und die Nachbarschaft der Partner werden durch einen Koordinationsrapport unter der Leitung des Verwalters der kantonalen Militärgebäude sichergestellt. Dieser Rapport findet grundsätzlich alle zwei Wochen im Campus statt. So konnte das nationale Ausbildungszentrum des Zivildienstes seinen Bildungsauftrag erneut mit Erfolg wahrnehmen.

Eine befriedigende Lösung für alle beteiligten Partner konnte für die Organisation des Schwingfestes im Jahr 2018 gefunden werden. Die Ortsbesichtigung vom 31. Oktober 2017 unter der Leitung des ABSM und in Anwesenheit des Präsidenten des Organisationskomitees sowie von Vertretern des Eidgenössischen Schwingerverbandes, der Gemeinde Plaffeien, des Amtes für Sport und von Schwarzsee Tourismus im Campus Schwarzsee hat zu einer Entscheidung geführt. So kann das Schwingfest 2018 erneut das direkt am See gelegene Gelände benützen. Mit der

Unterstützung des Zivilschutzes und mit geeigneten Massnahmen zum Schutze des Geländes wie dem Verzicht auf schwere Baumaschinen für den Aufbau der Fest-Infrastruktur sollte das Gelände nicht allzu stark belastet werden. Ziel ist es, den Sportplatz sehr rasch wieder den anderen Nutzern des Campus zur Verfügung zu stellen.

In diesem Betriebsjahr wurden 56 590 Belegungstage (2016: 49 238) durch den Zivildienst realisiert.

Im Bereich des kantonalen Sport- und Freizeitzentrums wurden mit der Vermietung an Schulen, Sportvereine usw. 6046 Belegungstage (2016: 3083) realisiert.

Bedingt durch den Mangel an Betriebspersonal im Campus (2 VZÄ) ist dieser Bereich vorläufig noch bescheiden und muss in naher Zukunft wesentlich ausgebaut werden. Der Staatsrat hat nun den Transfer der Verwaltung des Campus von der Sicherheits- und Justizdirektion (SJD – Amt für Bevölkerungsschutz und Militär) zur Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD – Amt für Sport) beschlossen. Die operative Übernahme findet per 1. Januar 2018 statt. Die Übernahme der Konten- und Budgetführung erfolgt per 1. Januar 2019.

4 Amt für Bevölkerung und Migration (BMA)

Amtsvorsteher: Patrick Pochon

4.1 Fremdenpolizei

4.1.1 Ordentliche Tätigkeit

4.1.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2016	2017
Niederlassungsbewilligungen	3 631	3 796
Aufenthaltsbewilligungen	4 448	4 073
Kurzaufenthaltsbewilligungen	2 066	2 246
Grenzgängerbewilligungen EU/EFTA	304	345
Verlängerungen von Aufenthaltsbewilligungen oder der Kontrollfrist von Niederlassungsbewilligungen	11 754	17 246*

*Ab dem zweiten Halbjahr 2017 markanter Anstieg der Kontrollfristverlängerung von Niederlassungsbewilligungen (2017: 8595 Verlängerungen gegenüber 3243 im Jahr 2016)

4.1.1.2 Rückreisevisa

	2016	2017
Rückreisevisa	195	175

4.1.1.3 Bestand der am 31. Dezember im Kanton anwesenden Ausländer, ohne Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen

	2016	2017
Mit Niederlassungsbewilligungen	44 633	46 598
Mit Aufenthaltsbewilligungen	23 172	22 364
Mit Kurzaufenthaltsbewilligungen ≥12 Monate	2 021	2 191
Mit Grenzgängerbewilligungen	905	916
Total	70 731	72 069

4.1.1.4 Administrativmassnahmen

	2016	2017
--	------	------

	2016	2017
Vom Amt durchgeführte Befragungen	286	270
Abgelehnte Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen	30	39
Wegweisungsverfügungen (illegale Aufenthalte)	290	262
Ausreiseanordnungen gemäss EU-Richtlinie	43	15
Verweigerung, Nichtverlängerung oder Widerruf von Aufenthaltsbewilligungen	111	98
Widerruf von Niederlassungsbewilligungen	18	17
Androhung der Verweigerung oder des Widerrufs	49	45
Verfügungen im Bereich der unentgeltlichen Rechtspflege	8	4
Ausschaffungshaft (ausgesprochene Verfügungen)	198	175
Ausschaffungshaft (vollzogene Verfügungen)	138	99
Ausschaffungen nach Haft unter der Zuständigkeit einer anderen Behörde	62	69
Ausschaffung von Personen mit Landesverweisung		3
Per Sonderflug ausgeschaffte Personen	5	6
Überprüfungen durch das Zwangsmassnahmengericht (ZMG)	27	34
Verzicht auf das mündliche Verfahren durch das ZMG	51	31
Gebietszuweisungen (Ein- oder Ausgrenzungen)	100	49
Abgewiesene Gesuche um Härtefallbewilligungen	26	34
Beim Kantonsgericht und ZMG eingereichte Beschwerden gegen Administrativmassnahmen	65	69
Gutgeheissene Beschwerden, vollständig oder teilweise	6	8
Eingestellte Verfahren	18	7

4.1.2 Besondere Ereignisse

Das BMA ist für den Vollzug der gerichtlichen Landesverweisungen zuständig, die ihm vom Amt für Justizvollzug und Bewährungshilfe zugewiesen werden. Das BMA hat sich im Laufe des Jahres 2017 mit den ersten solchen Fällen befasst. Bis jetzt wurden 3 Wegweisungen vollzogen. Bereits gemeldet wurden 10 weitere Fälle von Personen, die sich noch im Strafvollzug befinden oder deren Landesverweisung noch nicht rechtskräftig ist. Es handelt sich in all diesen Fällen um obligatorische Landesverweisungen, wobei jedoch keine davon Personen mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung betrifft.

Dank der engen Zusammenarbeit des BMA mit den Justizbehörden und den Strafvollzugsbehörden konnten 2017 im Übrigen so viele Ausschaffungen nach Haft unter der Zuständigkeit einer anderen Behörde wie noch nie vollzogen werden. In diesen Fällen (69) war also keine Ausschaffungshaft notwendig.

4.2 Asylbereich

4.2.1 Ordentliche Tätigkeit

	2016	2017
Personen, die in eine Empfangsstelle geschickt wurden	7	8
Dem Kanton Freiburg zugeteilte Asylsuchende	821	603
Ermittelte Arbeitsbewilligungen (Ausweis F oder N)	169	210
Aufenthaltsbewilligungen aufgrund eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalls	67	50
Total der am 31. Dezember im Kanton verweilenden Asylsuchenden	1126	942
Total der am 31. Dezember im Kanton vorläufig aufgenommenen Ausländer/innen	1112	1283

4.2.2 Besondere Ereignisse

Die Zahl der neuen Asylsuchenden, die 2017 im Kanton registriert wurden (603), liegt im Durchschnitt der Jahre 2008–2014. Nach dem enormen Zustrom im Jahr 2015 (1239 neue Asylsuchende im Kanton) war die Zahl der Neuankömmlinge schon 2016 deutlich zurückgegangen (821).

Die zahlenmässigen Schwankungen bei den neuen Asylsuchenden sind auf mittel- und langfristig kaum vorhersehbare Faktoren zurückzuführen. Massgebend war 2017, dass sich viele Asylsuchende dazu entschieden, in anderen EU-Ländern Asyl zu beantragen als in der Schweiz, dass weniger Flüchtlinge über das Mittelmeer kamen, insbesondere weil die nordafrikanischen Staaten die Ausreise nach Europa besser kontrollieren konnten, sowie die Wirkung des Flüchtlingsabkommens zwischen der EU und der Türkei.

4.3 Ausländische Arbeitskräfte

4.3.1 Ordentliche Tätigkeit

4.3.1.1 Anmeldungen von EU/EFTA-Staatsangehörigen

	2016	2017
Für eine Tätigkeit von max. 3 Monaten bei einem Schweizer Arbeitgeber	3176	4266
Für entsandte Arbeitnehmer	3133	3067
Für grenzüberschreitende, selbstständige Leistungserbringer	2857	2665

4.3.1.2 Vorgängige Bewilligungen für kroatische Staatsangehörige*

	2016	2017
Jahresaufenthaltsbewilligungen		1
Kurzaufenthaltsbewilligungen		2
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten		0
Bewilligungen für Cabaret-Tänzerinnen EU		0

* Seit dem 1. Januar 2017 gilt für die kroatischen Staatsangehörigen die Personenfreizügigkeit in der Schweiz. Allerdings haben die kroatischen Staatsangehörigen – wie schon die rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen bis 31. Mai 2016 – nur dann Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt, wenn die Vorschriften über den Vorrang Schweizer Arbeitsuchender sowie die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten werden und die für sie vorgesehenen Bewilligungskontingente nicht ausgeschöpft sind.

4.3.1.3 Vorgängige Bewilligungen für Angehörige von Drittstaaten

	2016	2017
Jahresaufenthaltsbewilligungen	27	30
Kurzaufenthaltsbewilligungen	32	49
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	37	22
Bewilligungen für Künstler (Musiker)	73	13

4.3.1.4 Andere Entscheide

	2016	2017
Verweigerungsverfügungen	69	62
Einspracheentscheide	11	2

4.3.1.5 Administrativmassnahmen

Nach Artikel 122 AuG können Gesuche um Zulassung ausländischer Arbeitnehmer eines Arbeitgebers, der wiederholt gegen Vorschriften dieses Gesetzes verstossen hat, abgewiesen oder nur teilweise bewilligt werden; diese Sanktion kann auch angedroht werden.

	2016	2017
Verweise	5	1
Androhungen	59	24
Suspendierungen/Verweigerungen	13	2

4.3.2 Besondere Ereignisse

Nach nur gerade einem Jahr der Liberalisierung hat der Bundesrat ab 1. Juni 2017 die Wiedereinführung von Kontingenten für bulgarische und rumänische Staatsangehörige beschlossen. Während vom 1. Juni 2015 bis 31. Mai 2016 603 Angehörige dieser beiden Staaten in die Schweiz eingereist waren, um hier zu arbeiten (17 im Kanton Freiburg), waren es zwischen dem 1. Juni 2016 und Ende Mai 2017 mehr als 3300, wovon 149 im Kanton Freiburg.

4.4 Schweizerpässe und Identitätskarten

4.4.1 Ordentliche Tätigkeiten

4.4.1.1 Ausgestellte Ausweise

	2016	2017
Biometrische ordentliche Pässe	22 709	17 634
Identitätskarten	35 359	29 810
Provisorische Pässe	592	472
Biometrische Reisedokumente für ausländische Personen	596	466
Biometrische Ausländerausweise	9 102	9 247
Schengen-Rückreisevisa für vorläufig aufgenommene ausländische Personen	25	10

4.4.2 Besondere Ereignisse

Nach drei Jahren (2014–2016) mit starker Nachfrage ist diese 2017 aufgrund der aktuellen Laufzeiten der noch gültigen Ausweise deutlich zurückgegangen.

4.5 Registerharmonisierung

4.5.1 Ordentliche Tätigkeit

Über die Informatikplattform Fripers kann auf kantonaler Ebene in Echtzeit auf die Einwohnerdaten aller Gemeinderegister des Kantons zugegriffen werden. Für den Zugriff auf diese Daten muss über das BMA ein Bewilligungsprozess durchlaufen werden.

	2016	2017
Aktive Zugriffe insgesamt am 31.12	2018	2155

5 Amt für Gewerbepolizei (GePoA)

Amtsvorsteher: Alain Maeder

5.1 Öffentliche Gaststätten

5.1.1 Ordentliche Tätigkeit

5.1.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2016	2017
Patente A für das Hotelleriegewerbe	0	0
Patente B für Betriebe mit Alkohol	22	14
Patente C für Betriebe ohne Alkohol	0	1
Patente D für Diskotheken oder Kabarett	0	0
Patente E für Hotelbars	0	2
Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	5	9
Sonderpatente H	7	17
Patente I für hotelähnliche Betriebe	4	7

	2016	2017
Patente T für Traiteurs	15	8
Patente V für fahrende Küchen	0	28
Patente für die Übernahme eines laufenden Betriebes	200	224
Patenterneuerungen	564	591
Namensänderungen	43	53
Patenterweiterungen	35	27

5.1.1.2 Administrative Massnahmen

	2016	2017
Nicht-Erneuerungen von Patenten	10	2
Patententzüge	4	9
Patentverweigerungen	2	0

5.1.1.3 Anzahl Patente für öffentliche Gaststätten

	2016	2017
Patente A für das Hotelleriegewerbe	113	114
Patente B für Betriebe mit Alkohol	653	679
Patente C für Betriebe ohne Alkohol	18	18
Patente D für Diskotheken oder Kabarett	23	19
Zusatzpatente E für Hotelbars	13	13
Patente F für Nachtrestaurants	4	4
Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	104	115
Sonderpatente H	456	466
Patente I für hotelähnliche Betriebe	105	113
Patente T für Traiteurs	80	86
Patente U für Bars, die einem Prostitutions-Salon angegliedert sind	-	-
Patente V für fahrende Küchen	0	28
Total	1569	1655

5.1.1.4 Passivrauchen

	2016	2017
Bewilligte Raucherräume	72	70

5.1.1.5 Obligatorische Ausbildung

	2016	2017
Personen, die die obligatorische Ausbildung auf Französisch absolviert haben	84	72
Personen, die die obligatorische Ausbildung auf Deutsch absolviert haben	22	10
Personen, denen das Wirtfachdiplom ausgehändigt wurde	77	64

5.1.1.6 Teilausbildung

	2016	2017
Personen, die den Kurs für Inhaber eines Patents G oder T auf Französisch absolviert haben	16	20
Personen, die den Kurs für Inhaber eines Patents G oder T auf Deutsch absolviert haben	1	10
Personen, die den Test für Patentinhaber G oder T bestanden haben	12	27
Personen, die den Kurs über die Gesetzgebung der öffentlichen Gaststätten auf Französisch besucht haben	22	22

	2016	2017
Personen, die den Kurs über die Gesetzgebung der öffentlichen Gaststätten auf Deutsch besucht haben	4	14
Personen, die den Test über die Gesetzgebung der öffentlichen Gaststätten bestanden haben	23	33

5.2 Alkoholhaltige Getränke

5.2.1 Ordentliche Tätigkeit

5.2.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2016	2017
Spezielle Verkaufsräumlichkeiten und Lebensmittelgeschäfte	65	55
Kioske und Tankstellenshops	2	1

5.2.1.2 Administrative Massnahmen

	2016	2017
Abgelehnte Patentanfragen	4	0

5.2.1.3 Zahl der Patente für den Verkauf von alkoholhaltigen Getränken

	2016	2017
Spezielle Verkaufsräumlichkeiten und Lebensmittelgeschäfte	441	464
Kioske und Tankstellenshops	79	79

5.3 Lotterien und Kollekten

5.3.1 Ordentliche Tätigkeit

5.3.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2016	2017
Kleine Lotterien	68	59
Kollekten	91	92

5.4 Spielautomaten

5.4.1 Ordentliche Tätigkeit

5.4.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2016	2017
Geschicklichkeitsspielautomaten	395	356
Unterhaltungsapparate	227	162

5.5 Spielsalons

5.5.1 Ordentliche Tätigkeit

5.5.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2016	2017
Patente für Spielsalons	2	0

5.5.1.2 Zahl der Bewilligungen für Spielsalons

	2017	2017
Patente für einen Spielsalon	2	2

5.6 Prostitution

5.6.1 Ordentliche Tätigkeit

5.6.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2016	2017
Bereitstellung von Räumlichkeiten, die für die Ausübung der Prostitution bestimmt sind	2	8

5.6.1.2 Administrative Massnahmen

	2016	2017
Nichterneuerung der Bewilligung	2	1

5.6.1.3 Zahl der Bewilligungen

	2016	2017
Bereitstellung von Räumlichkeiten, die für die Ausübung der Prostitution bestimmt sind	20	28

5.7 Gewerbe der Reisenden

5.7.1 Ordentliche Tätigkeit

5.7.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2016	2017
Bewilligungen für das Reisendengewerbe	16	40
Bewilligungen für die Tätigkeit an einem Jahrmarkt oder in einem Zirkus	3	3

5.8 Konsumkredit

5.8.1 Ordentliche Tätigkeit

5.8.1.1 Zahl der Bewilligungen

	2016	2017
Berufliche Ausübung der Tätigkeit als Kreditgeber	10	10

5.9 Risikoaktivitäten

5.9.1 Aktuelle Aktivitäten

5.9.1.1 Ausgeteilte Bewilligungen

	2016	2017
Bewilligungen für das Ausführen von Risikoaktivitäten	33	35

5.10 Masse und Gewichte

5.10.1 Ordentliche Tätigkeit

5.10.1.1 Überprüfte Messgeräte

	2016	2017
Waagen für offene Verkaufsstellen	534	773
Waagen für nicht offene Verkaufsstellen	1028	1213
Fahrzeug- und Geleisewaagen	62	37
Spezialwaagen	109	115
Automatisch funktionierende Waagen	19	24

	2016	2017
Preisauszeichnungswaagen	230	118
Volumenmessanlagen (Mineralöle)	900	981
Hochdruck-Erdgastanksäulen und Flüssiggastanksäulen	2	1
Volumenmessanlagen für Lebensmittel	34	31
Längenmasse	1	0
Messgeräte für Gasgemischanteile und für Dieselrauch	308	292

5.10.1.2 Kontrollen von Fertigpackungen

	2016	2017
Gleiche Nennfüllmenge	284	225
Zufallspackungen	251	392

5.10.1.3 Marktüberwachung

	2016	2017
Öffentliche Verkaufsstellen	157	164

5.11 Preisbekanntgabe

5.11.1 Besonderes Ereignis

In diesem Jahr wurde eine nationale Sensibilisierungskampagne zur Anschrift der Preise an Haushaltsgeräten nach den vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) festgelegten Zielen durchgeführt. Im Verlauf der Kampagne konnte erfreulicherweise festgestellt werden, dass die Mehrheit der 41 geprüften Verkaufsstellen im Kanton die Preise korrekt angeben.

6 Amt für Justiz (AJ)

Amtsvorsteherin: Lise-Marie Graden

6.1 Tätigkeit

6.1.1 Advokatur

Die Prüfungskommission für die Anwaltskandidaten hat folgenden Personen einen Befähigungsausweis ausgestellt: Magali Baer, Corinne Copt, Amélie Devaud, Marianne Thiên Lý Do, Manon Francey, Sonia Franz, Sonja Gerber, Daniela Herren, Jana Elisabeth Kausche, Sophie Kolly, Sybille Mariaux-Bonvin, Alicia Palley, Julie Perriard, Mimoza Redzeqi, Jessica Renevey, Valentine Truan, Nathalie Tschudi, Jasmine Vez und Pauline Volery sowie Célien Beuret, Lionel Binz, Maxime Buchs, João Pedro Domingues Lopes, Jimmy Dupuis, Jérémie Eich, Cédric Claude Flotron, Nicolas Kolly, Julien Meuwly, Jérémie Overney, Pierre Portmann, Yvan Roeske, Matthieu Seydoux, Patrick Vianin und Elmar Wohlhauser.

Die Anwaltskommission hat ihrerseits folgende Geschäfte behandelt:

Statistik	2017	2016
Eintragungen in das kantonale Register der Anwältinnen und Anwälte	16	21
Streichung von Einträgen im Anwaltsregister	8	11
Beschwerden und Anzeigen	7	7
Befreiung vom Berufsgeheimnis	7	10
Praktikumsbewilligungen	36	40
Herabsetzung der Praktikumsdauer	6	6

Statistik	2017	2016
Streichung von Einträgen im kantonalen Register der Anwaltspraktikanten	-	-
Es waren am 31. Dezember 2017 tätig:		
Im kantonalen Register der Anwältinnen und Anwälte eingetragene Anwälte	216	203
In der Liste der zur Ausübung zugelassenen Anwältinnen und Anwälte aus Mitgliedstaaten der EU und der EFTA eingetragene Anwälte	5	6
Anwaltspraktikanten	120	124

6.1.2 Notariat

Die Notariatskommission hat 2017 nicht getagt, aber auf dem Zirkularweg folgende Geschäfte behandelt:

Statistik	2017
Notariatspatent	-
Verzicht auf das Notariatspatent	1
Beschwerden und Anzeigen	2
Befreiung vom Berufsgeheimnis	7
Praktikumsbewilligungen	4
Herabsetzung der Praktikumsdauer	3
Streichung von Einträgen im Register der Notariatspraktikanten	-

Am 31. Dezember 2017 gab es 49 praktizierende Notare, wovon 10 für die Berechnung der im Gesetz über das Notariat vorgesehenen Höchstzahl nicht mitzählen

6.1.3 Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 hat das Amt für Justiz 1481 Entscheide betreffend unentgeltliche Rechtspflege erhalten, die sich wie folgt verteilen:

	Unentgeltliche Rechtspflege mit Rückerstattung	Unentgeltliche Rechtspflege ohne Rückerstattung	Total
Kantonsgericht	-	126	126
Bezirksgericht Saane	10	565	575
Bezirksgericht Sense	-	91	91
Bezirksgericht Greyerz	5	239	244
Bezirksgericht See	3	63	66
Bezirksgericht Glane	3	72	75
Bezirksgericht Broye	1	70	71
Bezirksgericht Vivisbach	-	38	38
Friedensgerichte	-	195	195
Total	22	1459	1481

Im Jahr 2017 wurden 1335 Kostenlisten von Anwälten und von Gerichtsschreibereien der Friedensgerichte im Gesamtbetrag von 4 228 145 Franken bezahlt (2016: 3 384 200 Franken für 1200 Kostenlisten).

Gemäss Art. 123 des Justizgesetzes und Art. 123 ZPO kann das Amt innert einer Frist von 10 Jahren die teilweise oder vollständige Rückerstattung der unentgeltlichen Rechtspflege verfügen, wenn es die finanzielle Situation der begünstigten Person erlaubt.

Im Jahr 2017 wurden dadurch Einnahmen in der Höhe von 432 168 Franken erzielt (2016: 540 147 Franken).

6.1.4 Unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen

Gestützt auf die neue schweizerische Strafprozessordnung, die seit dem 1. Januar 2011 in Kraft ist, entscheidet nicht mehr ausschliesslich die Strafkammer des Kantonsgerichts über die Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege,

sondern jede einzelne Gerichtsbehörde, vor welcher das Verfahren hängig ist. Die Statistiken betreffend die unentgeltliche Rechtspflege sind somit in den Jahresberichten der einzelnen Gerichtsbehörden enthalten.

In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 hat das Amt für Justiz 686 Entscheide betreffend die unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen erhalten (2016: 591 Entscheide).

Im Jahr 2017 wurden 824 Kostenlisten von Anwälten im Gesamtbetrag von 2 618 744 Franken bezahlt (2016: 3 512 875 Franken für 928 Kostenlisten).

Bis Ende 2013 wurden die Rechnungen nach Visierung durch das Amt für Justiz von den Strafbehörden bezahlt. Seit 2014 übernimmt das Amt für Justiz die Zahlungen und entlastet damit die Gerichtsbehörden.

6.1.5 Unentgeltliche Rechtspflege in Verwaltungssachen

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 hat das Amt für Justiz 74 Entscheide betreffend unentgeltliche Rechtspflege erhalten (2016: 58 Entscheide).

Im Jahr 2017 wurden 78 Kostenlisten von Anwälten im Gesamtbetrag von 152 947 Franken bezahlt (2016: 187 900 Franken für 107 Kostenlisten).

6.1.6 Internationale Rechtshilfe

Das Amt besorgt die für die internationale Rechtshilfe erforderlichen Übermittlungen. Im Jahr 2017 wurden 21 Gesuche (2016: 7 Gesuche) von Justizbehörden des Kantons behandelt, aber keine Rechtshilfebegehren von ausländischen Gerichtsbehörden.

6.1.7 Mediation

6.1.7.1 Kommission für Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen

Die Kommission für Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen wurde am 1. Januar 2011 ins Leben gerufen. Sie übt die Oberaufsicht über Personen aus, welche der Verordnung über die Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen unterstellt sind, d. h. die vereidigten Mediatorinnen und Mediatoren, die im Rahmen eines Gerichtsverfahrens die Mediation ausüben.

Die Kommission entscheidet über Eintragungen, Nachführungen und Streichungen im Register der Mediatorinnen und Mediatoren. Sie wacht darüber, dass die Mediatorinnen und Mediatoren ihre Tätigkeit gemäss ihrem Eid oder ihrem feierlichen Versprechen ausüben, sie übt die Disziplinargewalt aus und erlässt die notwendigen Weisungen.

Im Jahr 2017 hat die Kommission für Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen eine Eintragung ins Register vorgenommen.

Die vereidigten Mediatorinnen und Mediatoren müssen der Kommission ihre Jahresstatistik einreichen. Zum jetzigen Zeitpunkt sind nur die Zahlen für das Jahr 2016 bekannt, nicht jedoch jene für das Jahr 2017.

Statistik	2016	2015
	Total	Total
Zivilrecht:	209	145
Mediationen im Verfahren:	56	27
Familienrechtliche (Paar)	20	15
Familienrechtliche (Kinder)	35	12
Private Mediationen:	153	118
Allgemeine	38	29
Familienrechtliche (Paar)	63	74
Familienrechtliche (Kinder)	51	13
in Erbschaftsfällen	1	2
Strafrecht:	65	89
Mediationen im Verfahren betreffend eine/n Erwachsene/n	-	1

Statistik	2016	2015
Mediationen im Verfahren betreffend ein Kind (BMJ)	65	88
Ergebnisse der Mediationsverfahren 2016:		
Zivilrechtliche Mediationen im Verfahren:		
Abgeschlossene Mediationen (Vereinbarung)	20	10
Verbesserungen der Situation (keine Einigung)	10	4
Unabgeschlossene Mediationen (erfolglos)	11	5
Am 31. Dezember 2016 hängige Mediationen	19	8
Private zivilrechtliche Mediationen:		
Abgeschlossene Mediationen (Vereinbarung)	77	71
Verbesserungen der Situation (keine Einigung)	29	17
Unabgeschlossene Mediationen (erfolglos)	13	12
Am 31. Dezember 2016 hängige Mediationen	44	18
Strafrechtliche Mediationen:		
Abgeschlossene Mediationen (Vereinbarung)	63	1
Verbesserungen der Situation (keine Einigung)	-	-
Unabgeschlossene Mediationen (erfolglos)	9	-
Am 31. Dezember 2016 hängige Mediationen	42	-

6.1.7.2 Büro für Mediation in Jugendstrafsachen

Das Büro führt im Auftrag des Jugendstrafgerichts die Mediation im Jugendstrafverfahren durch.

Es ist administrativ dem Amt für Justiz zugewiesen und wird von zwei französischsprachigen Mediatoren und einer deutschsprachigen Mediatorin gebildet.

Statistik	2017	2016
Anzahl Fälle, die von den Richtern delegiert wurden (Mediationsprozess):	90	65
Anzahl Minderjährige: Täter und Opfer	158	94
Anzahl betroffene junge Erwachsene	19	14
Anzahl betroffene Geschädigte / betroffene Opfer	111	91
Fälle mit nur einem einzigen jugendlichen Täter	41	44
Fälle mit zwei jugendlichen Tätern	23	11
Fälle mit 3 oder mehr jugendlichen Tätern (bis 6)	26	10
Aufteilung nach Geschlecht		
Jungen	130	65
Mädchen	28	29
Aufteilung nach Sprache		
Französisch	136	78
Deutsch	22	16
Herkunft		
Stadt Freiburg	20	17
Saane-Land	59	24
Greyerz	23	18
Broye	7	10
Glane	10	4
Vivisbach	10	2
Sense	14	10

Statistik	2017	2016
See	11	6
Andere Kantone	4	3
Andere Länder	-	-
Ausgang der Verfahren		
Abschluss einer Mediationsvereinbarung	63	53
Erfolgreiche Mediationsverfahren	12	9
Entscheide betreffend Rückzug Anzeige	10	8
Am 31. Dezember 2017 hängige Verfahren	47	42

6.1.8 Aufsicht über die klassischen Stiftungen

Die Hauptaufgaben der Aufsicht betreffen die Übernahme der Stiftungsaufsicht, die jährliche Kontrolle von Geschäftsbericht und Rechnung, die Änderung von Statuten, die Prüfung von Reglementen sowie die Aufhebung, Liquidation und Löschung von Stiftungen.

Per 31. Dezember 2017 übte der Kanton die Aufsicht über 267 klassische Stiftungen (2016: 265) mit einer Gesamtbilanzsumme von rund 1166 Millionen Franken (per 31. Dezember 2016; 2016: 1138 Millionen) aus.

Die Aufsichtsbehörde hat 4 Entscheide zur Übernahme der Aufsicht über neu errichtete Stiftungen getroffen. 2 Stiftungen wurden aufgehoben und gelöscht.

Die Statutenänderungen von 15 Stiftungen (2016: 18) wurden genehmigt. Ebenfalls genehmigt wurden die Reglemente von 8 Stiftungen.

7 Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG)

Amtsvorsteher: Xavier Orsini

7.1 Straf- und Massnahmenvollzug

Die Tätigkeit des Amtes stützt sich überwiegend auf die nachstehenden rechtlichen Bestimmungen:

- > Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937;
- > Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007;
- > Verordnung vom 19. September 2006 zum Strafgesetzbuch und zum Militärstrafgesetz;
- > Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen;
- > Einführungsgesetz vom 6. Oktober 2006 zum Strafgesetzbuch (EGStGB);
- > Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit;
- > Verordnung vom 12. Dezember 2006 betreffend den tageweisen Strafvollzug;
- > Konkordat vom 10. April 2006 über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen an Erwachsenen und jungen Erwachsenen in den Kantonen der lateinischen Schweiz (Konkordat über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen);
- > Richtlinien der Vereinigung der Einweisungsbehörden der Westschweiz;
- > Gefängnisreglement vom 12. Dezember 2006.

Das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG) plant den Vollzug der unbedingten Freiheitsstrafen und der strafrechtlichen Massnahmen, bestimmt die Vollzugsanstalt, den Beginn und die Stufen des Vollzuges. Im Verlaufe des Vollzuges entscheidet das Amt namentlich über die Ausgangsbewilligungen (Urlaub, unbegleiteter oder begleiteter Ausgang), über den Übertritt in eine andere Anstalt und über den Unterbruch des Vollzuges. Es erlässt unter anderem die in den Konkordatsbestimmungen vorgesehenen Entscheide sowie die

gesetzlich vorgesehenen Entscheide in Bezug auf die Halbgefangenschaft und den tageweisen Vollzug. Es befindet im Übrigen über die bedingte Entlassung aus dem Freiheitsentzug oder die Aufhebung der therapeutischen Massnahmen und ordnet die damit verbundenen Begleitmassnahmen an (Bewährungshilfe, Weisungen usw.).

Das ASMVG erlässt im Weiteren Entscheide über die gemeinnützige Arbeit (GA) und überweist die Fälle zwecks Durchführung der GA an das Amt für Bewährungshilfe. Es kassiert auch die durch die zuständigen Justizbehörden ausgesprochenen Bussen und Geldstrafen ein. In dieser Angelegenheit interveniert das Amt nur bei Nichtbezahlung der ausgesprochenen Bussen und Geldstrafen, nämlich in den Fällen, in denen an Stelle der Busse bzw. der Geldstrafe eine Ersatzfreiheitsstrafe wirksam wird. Zudem stellt das Amt die kantonale Koordination für die Eintragungen in das Strafregister sicher.

7.1.1 Freiheitsstrafen und Massnahmen

7.1.1.1 Anzahl eingegangener Urteile

Im Jahr 2017 die Freiburger Gerichtsbehörden dem ASMVG durch 360 Urteile betreffend den Vollzug von Freiheitsstrafen zugestellt, davon sind:

- > 254 Urteile für Freiheitsstrafen unter 6 Monaten;
- > 57 Urteile für Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten und einem Jahr;
- > 49 Urteile für Freiheitsstrafen über einem Jahr.

7.1.1.2 Vollzugsmodalitäten (mit Ausnahme der Ersatzfreiheitsstrafen wegen nicht bezahlter Bussen und Geldstrafen)

- > Es wurden 131 Vorladungen zum ordentlichen Strafvollzug ausgestellt.
- > 41 Personen haben die Bewilligung erhalten, ihre Freiheitsstrafe im Regime der Halbgefangenschaft zu vollziehen; dieses Regime bietet dem Insassen die Möglichkeit, weiterhin seinen beruflichen Aktivitäten nachzugehen und sich nur nachts, am Samstag und am Sonntag im Gefängnis einzufinden.
- > 0 Personen haben von der Möglichkeit, die Freiheitsstrafe im Regime des tageweisen Vollzugs an den Wochenenden zu vollziehen, Gebrauch gemacht.
- > 45 durch Freiburger Justizbehörden ausgesprochene Freiheitsstrafen wurden in anderen Kantonen vollzogen, da die betroffenen Personen nicht im Kanton Freiburg Wohnsitz oder Aufenthalt hatten. Darüber hinaus hat das ASMVG 65 Urteile von anderen Kantonen erhalten, damit eine Strafe gleichzeitig mit einer von einer Freiburger Justizbehörde ausgesprochenen längeren Strafe vollzogen werden konnte.
- > Anzahl behandelter Urteile (Freiheitsstrafen, GA, Ersatzfreiheitsstrafen) 683
- > Unterbruch des Vollzugs 2
- > Anzahl RIPOL Verhaftungsausschreibungen 325
- > Vollzugsmandate an die Polizei 9
- > Transportaufträge 176
- > Anfragen zur Einweisung (zwecks Vollzug oder vorzeitigem Vollzug der Freiheitsstrafe) 104

7.1.1.3 Anzahl Vollzugstage bzw. Anzahl Insassen pro Vollzugsanstalt oder Vollzugsinstitution

Anstalt/Institution	Vollzugstage	Insassen
Anstalten von Bellechasse, Sugiez / FR	38 008	202
Anstalten von der Plaine de l'Orbe / VD	1 953	10
Anstalten von Bellevue, Gorgier / NE	2 144	11
Gefängnis La Tuilière, Lonay / VD	858	12
Anstalten von Witzwil / BE	651	4
Anstalten von Hindelbank / BE	365	1
Maison Le Vallon/Vandoeuvres / GE	273	1
Anstalten von Lenzburg / AG	476	3
Anstalten von Pöschwies / ZH	365	1

Anstalt/Institution	Vollzugstage	Insassen
Gefängnis La Croisée, Orbe / VD	170	1
Gefängnis von Champ-Dollon, Puplinge / VD	261	19
Le VAM, Fribourg, Bulle, Düringen	54	15
Ritec, Düringen	193	11
Inselspital Bern (Bewachungsstation)	81	18
Diverse ausserkantonale Kurzstrafen	3 712	251
Realta, Cazis / GR	665	22
Stiftung Bartimée, Grandson / VD	365	2
Le Tremplin «Heim Horizon», Freiburg	496	3
Heim St Louis, Freiburg	728	2
Heim Le Radeau, Orsonnens	994	5
Haus Gilgamesch, Basel	365	1
Stiftung Saphir, Corcelles / VD	336	1
Curabilis, Puplinge / VD	1 135	11
Erziehungszentrum in Pramont / VS	365	1
EMS Sylvabelle SA, Provence / VD	365	1
Stiftung Terra Vecchia, Schüpfen / BE	341	1
UPD Bern / BE	307	1
CAAD, Saxon / VS	1 163	3
Stiftung Tannenhof, Gampelen / BE	365	1
Horizon Sud, Marsens / FR	333	1
Stiftung Pernod, Boudry / NE	306	2
Justizvollzugsanstalt St. Johannsen, Le Landeron / NE	365	1
Total	58 558	619

7.1.1.4 Anzahl strafrechtlicher Massnahmen

93 Personen haben 2017 eine strafrechtliche Massnahme vollzogen, beziehungsweise befinden sich nach wie vor in deren Vollzug, davon sind:

- > 21 Personen in stationärer Behandlung einer psychischen Störung in Anwendung von Art. 59 StGB (stationäre therapeutische Massnahme – Behandlung von psychischen Störungen);
- > 8 Personen in einer stationären Suchtbehandlung in Anwendung von Art. 60 StGB (stationäre therapeutische Massnahme – Suchtbehandlung);
- > 1 Person in stationärer Behandlung einer Massnahme für junge Erwachsene in Anwendung von Art. 61 StGB (stationäre therapeutische Massnahme – Massnahmen für junge Erwachsene);
- > 60 Personen in einer ambulanten Behandlung im Strafvollzug oder in Freiheit in Anwendung von Art. 63 StGB;
- > 2 Personen im Vollzug einer Verwahrungsmassnahme in Anwendung von Art. 64 StGB.

Diese Personen wurden gemäss der Tabelle 7.1.1.3 platziert.

Das ASMSG hat 27 Behandlungsverfügungen erlassen, 28 Aufhebungsverfügungen, 41 Ablehnungen der Aufhebung einer Massnahme, 3 bedingte Entlassungen aus dem Massnahmenvollzug, 21 Ablehnungen der bedingten Entlassung aus dem Massnahmenvollzug, 0 Ablehnungen der bedingten Entlassung aus der Verwahrung, 0 bedingte Entlassungen aus der Verwahrung, 2 Verlängerungen des Massnahmenvollzugs beantragt und 0 Unterbrechungen von Massnahmen ausgesprochen.

7.1.1.5 Arbeitsexternat

9 Personen wurde das Vollzugsregime des Arbeitsexternats bewilligt. Vollzugsanstalten:

Anstalt	Vollzugstage	Insassen
Anstalt «Les Falaises»	620	8
Klosterfichten/BS	109	1
Total	729	9

7.1.1.6 Arbeits- und Wohnexternat

2 Personen wurde das Vollzugsregime des Arbeits- und Wohnexternats bewilligt.

7.1.1.7 Bedingte Entlassung aus Sanktionen und Aufhebung von Massnahmen

In Anwendung der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen ist das ASMSG für die Entscheide im Hinblick auf die bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug zuständig (falls die Strafdauer mehr als 2 Jahre beträgt, muss das ASMSG die Stellungnahme der beratenden Kommission für die bedingte Straffentlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit berücksichtigen).

Ebenfalls ist das ASMSG zuständig, alle Entscheide im Hinblick auf die bedingte Entlassung aus und/oder die Aufhebung einer ambulanten Massnahme, einer stationären therapeutischen Massnahme oder einer Verwahrung zu treffen. In gewissen Fällen ist das ASMSG verpflichtet, die beratende Kommission für die bedingte Straffentlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit um eine Stellungnahme zu ersuchen.

Folgende Entscheide wurden erlassen:

Entscheide	Total
Bewilligung der bedingten Entlassung nach Vollzug der Mindeststrafdauer von 2/3	65
Bewilligung der bedingten Entlassung zu einem späteren Zeitpunkt	6
Ablehnung der bedingten Entlassung	39
Verlängerung der Probezeit	2
Gutheissung der Aufhebung einer Massnahme	28
Ablehnung der Aufhebung einer Massnahme	41
Gutheissung der bedingten Entlassung aus einer Massnahme	3
Ablehnung der bedingten Entlassung aus einer Massnahme	21
Gutheissung der bedingten Entlassung aus einer Verwahrung	0
Ablehnung der bedingten Entlassung aus einer Verwahrung	0
Verlängerung einer Massnahme	2
Unterbruch einer Massnahme	0
Total	207

7.1.2 Umgewandelte Bussen und Geldstrafen (Ersatzfreiheitsstrafen)

Nicht bezahlte Bussen und Geldstrafen werden in eine Ersatzfreiheitsstrafe umgewandelt.

Der untenstehenden Tabelle kann die Anzahl der Ersatzfreiheitsstrafen (unbezahlte Bussen und Geldstrafen) sowie die Höhe der einkassierten Beträge für die verschiedenen Strafbehörden entnommen werden:

Behörde	Ausgesprochene Ersatzfreiheitsstrafen	Einkassierte Beträge
Staatsanwaltschaft	3013	1 823 690.15
Oberämter	2106	490 831.30
Andere Kantone	76	4 360.00
Gerichte	70	21 555.70
Stadt Freiburg	994	108 441.70
Gemeinde Plaffeien	3	918.50
Gemeinde Montagny	3	1 684.90

Insgesamt hat das ASMSG 6265 Ersatzfreiheitsstrafen erhalten und einen Gesamtbetrag von Fr. 2 451 482.25 einkassiert.

143 Ersatzfreiheitsstrafen wurden für den Strafvollzug an den Bereich Freiheitsstrafen überwiesen. Zusätzlich wurden 49 umgewandelte Bussen für den Vollzug in Form der GA an den Sektor gemeinnützige Arbeit überwiesen.

Weitere Kennzahlen im Bereich Ersatzfreiheitsstrafen:

	Total
Anzahl Mandate an die Polizei	4666
Anzahl RIPOL Verhaftungsausschreibungen	2097
Anzahl Delegationen an andere Kantone	2427
Anzahl Abzahlungsbewilligungen	763
Anzahl Vorladungen	89

7.1.3 Gemeinnützige Arbeit

Das ASMSG und das Amt für Bewährungshilfe sind beauftragt, die von den Justizbehörden ausgesprochenen Urteile zur GA zu vollziehen. Das ASMSG trifft die Entscheide in Anwendung der Artikel 11 und 12 der Eidgenössischen Verordnung vom 19. September 2006 zum Schweizerischen Strafgesetzbuch und Schweizerischen Militärstrafgesetzbuch und die Administrativmassnahmen in Anwendung von Artikel 13 der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit.

2017 haben die zuständigen Strafbehörden 448 Verurteilungen zu GA an das ASMSG überwiesen. Zusätzlich hat das ASMSG von anderen Kantonen 64 Verurteilungen zu GA erhalten, welche es zu vollziehen gilt, da die betroffenen Personen Wohnsitz oder Aufenthalt im Kanton Freiburg hatten.

Das ASMSG hat insgesamt 443 GA-Dossiers zwecks Durchführung an das Amt für Bewährungshilfe überwiesen. In 109 Fällen wurde bedingt durch ungenügendes Verhalten, unbegründetes Fernbleiben oder weil die Person schlussendlich doch den gewöhnlichen Strafvollzug wählte, das rechtliche Gehör gewährt. Im Hinblick auf eine allfällige Aufhebung der GA wurden im Übrigen 127 Vollzugsberichte an die Strafbehörde adressiert.

106 Freiburger Verurteilungen zu GA (ohne umgewandelte Bussen) wurden in anderen Kantonen vollzogen, da die betroffenen Personen ausserhalb des Kantons Wohnsitz oder Aufenthalt hatten.

7.1.4 Begnadigungsgesuche

Der Grosse Rat hatte im Jahr 2017 zwei Begnadigungsgesuche zu behandeln.

7.1.5 Untersuchungshaftplatzsuche

	Total
Anzahl gesuchter Plätze	99
Anzahl gefundener Plätze	98
Anzahl getätigter Telefonanrufe	1492
Anzahl aufgewendeter Suchstunden	134

7.1.6 Strafregister

Im Jahr 2017 hat das ASMSG (Koordinationsstelle Strafregister des Kantons Freiburg KOST) 4604 Urteile registriert. Zudem wurden von den kantonalen Justizbehörden wie auch vom KOST Freiburg 14 654 Auszüge ausgehändigt.

7.2 Gefängnisse

Im Gefängnis werden folgende Personen aufgenommen (beide Geschlechter, Voll- und Minderjährige):

- > Beschuldigte in Untersuchungshaft für die Dauer der Untersuchung;
- > Verurteilte bis zu ihrem Transfer in eine Strafanstalt;

- > Gefangene, die von einer Anstalt in eine andere verlegt werden;
- > Verurteilte, die Strafen bis vier Wochen im tageweisen Vollzug verbüssen;
- > Verurteilte, die Strafen grundsätzlich bis maximal zwölf Monate im Regime der Halbgefangenschaft verbüssen;
- > Verurteilte, die Strafen von mehreren Monaten im Regime des Arbeitsexternats (am Ende einer langen Strafe) verbüssen;
- > Verurteilte, die Strafen bis maximal sechs Monate im ordentlichen Vollzug verbüssen;
- > Personen, die aufgrund der Jugendstraferichtsbarkeit zurückbehalten werden;
- > Insassen, die aufgrund der Bundesgesetzgebung über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht platziert sind;
- > Insassen in Militärhaft.

7.2.1 Eintritte 2017

	Schweizer/innen	Ausländer/innen
Männer – Zentralgefängnis	157	477
Frauen – Zentralgefängnis	0	0
Weibliche Minderjährige – Zentralgefängnis	0	0
Männliche Minderjährige – Zentralgefängnis	0	0
Männer – Anstalt «Les Falaises»	21	18
Frauen – Anstalt «Les Falaises»	0	0
Total	178	495

7.2.2 Vollzugstage

	Schweizer/innen		Ausländer/innen		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Untersuchungshaft					
Zentralgefängnis	5 090	0	12 362	0	17 452
Minderjährige					
Zentralgefängnis	0	0	0	0	0
Geschlossener Strafvollzug					
Zentralgefängnis	3 116	0	4 077	0	7 193
Tageweiser Strafvollzug					
Zentralgefängnis	0	0	0	0	0
Halbgefangenschaft					
Anstalt «Les Falaises»	1 803	0	1 565	0	3 368
Arbeitsexternat					
Anstalt «Les Falaises»	425	0	188	0	613
Zwangsmassnahmen	0	0	1 000	0	1 000
Militärhaft – Zentralgefängnis	7	0	0	0	7
Total	10 441	0	19 192	0	29 633

7.2.3 Verpflegung

Der Menüplan erstreckt sich jeweils über mehrere Wochen. Im Zentralgefängnis und in der Anstalt «Les Falaises» werden die Mahlzeiten während sieben Tagen pro Woche von zwei professionellen Köchen, die sich die Einsätze aufteilen, mit der Unterstützung von zwei Insassen zubereitet. Im Jahr 2017 sind bezüglich der Qualität und der Quantität der Mahlzeiten keine Beschwerden eingegangen.

7.2.4 Räumlichkeiten

7.2.4.1 Das Gebäude des Zentralgefängnisses umfasst 4 verschiedene Sektoren

	Plätze
--	--------

	Plätze
Untersuchungshaft Männer	58
Minderjährige	2
Geschlossener Strafvollzug Männer	15
Zwangsmassnahmenvollzug Männer	4
Total verfügbare Plätze	79

7.2.4.2 Das Gebäude der Anstalt «Les Falaises» verfügt über 2 Sektoren

Erleichterter Strafvollzug – Halbgefangenschaft Männer

Erleichterter Strafvollzug – Halbgefangenschaft Frauen

Total verfügbare Plätze 20

7.2.5 Beschäftigung der Insassen

Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, sind nicht zur Arbeit verpflichtet, werden aber innerhalb der Anstalt beschäftigt. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sehen hingegen vor, dass Verurteilte oder sich in Haft befindende Personen zur Arbeit angehalten werden können.

Die Insassen konnten im Jahr 2017 in der Küche, in der Wäscherei, im Atelier, in der Reinigung und im Gebäudeunterhalt beschäftigt werden. Die insgesamt 24 192 geleisteten Arbeitsstunden wurden mit 72 576 Franken vergütet.

7.2.6 Insassenbetreuung

Zwei Sozialarbeiterinnen teilen sich ein 40 %-Pensum im Sozialdienst des Zentralgefängnisses. Der Sozialdienst steht den Personen im Strafvollzug und den Insassinnen und Insassen in Halbgefangenschaft in der Anstalt «Les Falaises» an vier Halbtagen zur Verfügung. 2017 hat der Sozialdienst mit insgesamt 726 Personen Gespräche geführt.

Für Insassen in Untersuchungshaft wird der Sozialdienst von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes für Bewährungshilfe sichergestellt. Sie sind an vier Nachmittage pro Woche im Zentralgefängnis, wo sie die neu eingetretenen Insassen in ihren speziell eingerichteten Räumlichkeiten empfangen. Diese Kontakte mildern den Schock, den die Inhaftierung auslösen kann, und begünstigen die Rückkehr der Insassen ins Zivilleben.

Der Sozialdienst hat folgende Ziele: Zuhören, Unterstützung und Begleitung der inhaftierten Personen bei den verschiedenen administrativen Aufgaben, Kontaktaufnahme (Familie, Behörden, Anwältinnen und Anwälte, Anstalten, Arbeitgeber und andere Dienste).

Auch haben einige Freiwillige jene Insassinnen und Insassen im Zentralgefängnis besucht, die keine Familie haben oder keinen Kontakt mehr zu dieser pflegen.

Mit dem Ziel, die Eltern-Kind-Beziehung während des Strafvollzugs möglichst aufrecht zu erhalten, organisiert das Amt für Bewährungshilfe in Zusammenarbeit mit der Gefängnisleitung regelmässig Kinderbesuche. Insassen die sich in Untersuchungshaft befinden, dürfen mit einer Bewilligung des zuständigen Staatsanwalts jeden Samstag Besuch empfangen. Insassen im ordentlichen Strafvollzug können ebenfalls jeden Sonntag von ihren Angehörigen besucht werden. Personen, die sich in Administrativhaft befinden, können am Sonntag und unter der Woche Besuch empfangen.

Im Eintrittsverfahren führt das Dienstpersonal mit den neu eintretenden Personen ein Eintrittsgespräch. Während des Jahres 2017 wurden insgesamt 631 Eintrittsgespräche geführt. Insassen können jederzeit ein persönliches Gespräch mit der Anstaltsdirektion beantragen.

Der Amtsvorsteher steht den Insassen auf Anfrage für eine Sprechstunde zur Verfügung.

Die medizinische Betreuung im Zentralgefängnis wird von vier Ärztinnen/Ärzten, einer Psychiaterin oder einem Psychiater, einer Psychologin oder einem Psychologen sowie einer Krankenschwester mit 80 %-Pensum, einer Krankenschwester mit 70 %-Pensum und einem Krankenpfleger mit 50 %-Pensum sichergestellt. Sie kümmern sich

um eine fachgerechte medizinische Versorgung, organisieren medizinische Sprechstunden (Ärztin/Arzt oder Psychiater/in), verteilen die Medikamente an die Gefangenen, arbeiten mit den verschiedenen Fachpersonen zusammen und koordinieren die anstaltsinterne mit der anstaltsexternen medizinischen Versorgung.

Die Ärztinnen und Ärzte des Gefängnisses haben 402 Gefangene versorgt. 2646 Gefangene haben den Krankenpflagedienst beansprucht. Mehrere Insassen mussten für allgemeine Untersuchungen, Behandlungen oder Eingriffe in ein Krankenhaus überführt werden. Zudem wurden einige Gefangene von Fachärztinnen und Fachärzten behandelt.

Das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit hat 337 Gefangene wegen psychischer Probleme beraten und 141 Gefangene psychologisch behandelt.

Die moralische und geistliche Betreuung der Insassinnen und Insassen wird von zwei Priestern (katholisch und reformiert) und einem Imam sichergestellt. Zudem wird den Insassen bei Bedarf eine beschränkte materielle Hilfe zugesacht.

7.2.7 Zusammenfassung der Leistungen im Zentralgefängnis

	2016	2017
Anzahl Eintritte	627	673
Eintrittsgespräche	541	631
Sprechstunden durch Krankenpflagedienst	2 500	2 646
Sprechstunden durch Arztpersonen	327	402
Sprechstunden durch Psychiater/in	435	337
Sprechstunden durch Psychologinnen/Psychologen	124	141
Notfallbehandlungen	38	25
Anhörungen durch Sozialarbeiterinnen des ASMVG	744	726
Geleistete Arbeitsstunden, welche mit 3 Fr./Std. entlohnt wurden	25 383	24 192
Sport (60 Minuten)	416	416
Spaziergänge (60 Minuten)	1 456	1 456
Familienbesuche	1 591	1 219
Anhörungen durch das Amt für Bevölkerung und Migration	9	9
Anhörungen durch das Rote Kreuz	31	42
Gespräche mit geistlichen Betreuern	104	106
Disziplinarsanktionen	20	15

8 Amt für Bewährungshilfe (BHA)

Amtsvorsteher: Philippe Pillonel

8.1 Tätigkeit

Die Tätigkeit des Amtes stützt sich insbesondere auf die nachstehenden rechtlichen Bestimmungen:

- > Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937
- > Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007
- > Verordnung vom 6. Oktober 2008 über das Amt für Bewährungshilfe
- > Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit (GAV)
- > Beschluss vom 18. November 1986 über die rechtliche Stellung der Besucher von Gefangenen
- > Konkordat vom 10. April 2006 über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen an Erwachsenen und jungen Erwachsenen in den Kantonen der lateinischen Schweiz (Konkordat über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen)

- > Entscheid der westschweizerischen Konferenz der zuständigen kantonalen Justizbehörden

Die Tätigkeit des Amtes basiert ebenfalls auf dem von der Schweizer Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Bewährungshilfen erarbeiteten Leitbild «Grundlagen und Hauptaufgaben der Bewährungshilfe in der Schweiz» (Ausgabe 2013) und der Empfehlung CM/Rec(2010)1 über die Grundsätze der Bewährungshilfe des Europarats und der Empfehlung R (92) 16 zu den Europäischen Grundsätzen betreffend die Grundsätze der angewandten Sanktionen und Massnahmen in der Gemeinschaft.

8.1.1 Abteilung Verwaltung

Die Abteilung Verwaltung ist Ein- und Ausgangsstelle des Amtes. Sie ist verantwortlich für die physische und elektronische Erfassung der Dossiers und garantiert, dass alle notwendigen Dokumente in den Dossiers enthalten sind. Die Abteilung hat 567 Dossiers der Abteilung Bewährungshilfe und 418 Dossiers der gemeinnützigen Arbeit (GA) der Abteilung Alternative Strafvollzugsformen geführt.

Die vom Amt geleistete finanzielle Unterstützung teilt sich folgendermassen auf:

Finanzielle Leistungen

Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017
Unterstützung von inhaftierten Personen	1 905	2 631	2 285	3 025	2 771
Unterstützung von unter Mandat stehenden Personen	13 757	27 473	59 178	39 099	22 336
Berufliche Wiedereingliederung	8 180	8 409	4 999	5 875	4 240
Psychotherapeutische Behandlungen	8 077	29 911	31 358	30 447	21 663
Drogen- und Alkoholtests	23 330	33 745	14 476	28 081	42 336
Wohnungen	15 453	16 806	2 461	12 660	33 848
GA-Spezialprogramme	2 132	2 378	5 235	4 562	3 006
Total	72 834	121 353	119 992	123 749	130 200

Die finanzielle Unterstützung von unter Mandat der Bewährungshilfe stehenden Personen ist im Jahr 2017 im Wesentlichen gleich geblieben wie in den beiden vorangegangenen Jahren. Die Leistungen zur «Unterstützung von unter Mandat stehenden Personen» wurden in Form von Kursbeteiligungen, Transport- und Lebensmittelgutscheinen sowie Beteiligungen an Gesundheitskosten oder an verschiedenen Aktivitäten (Sport, Kultur usw.) ausgezahlt.

Die Kosten für angeordnete psychotherapeutischen Behandlungen sind gesunken, während die Kosten für Drogen- und Alkoholtests gestiegen sind. Der Betrag der GA-Spezialprogramme deckt fast ausschliesslich die Kosten für das in Zusammenarbeit mit einer westschweizerischen Stiftung angebotene Sensibilisierungs- und Präventionsprogramm im Strassenverkehr.

Der Belegungsgrad der vom Amt untervermieteten Wohnungen an aus dem Strafvollzug entlassene Personen beträgt 90 %. Für verschiedene Unterhaltsarbeiten und zwei vakante Wohnungen wurde ein Betrag von 33 848 Franken ausgegeben. Das Möbellager entspricht weiterhin einem grossen Bedürfnis. Zurzeit haben 17 Personen, die sich hauptsächlich im Freiheitsentzug oder in stationärer Behandlung befinden, ihre Habseligkeiten dort deponiert.

8.1.2 Abteilung Bewährungshilfe

In dieser Abteilung wie auch im gesamten Amt liegt der Schwerpunkt der Betreuungsarbeit seit mehreren Jahren auf der Stichhaltigkeit der Beurteilung von Situationen und auf angemessenen Interventionen bei unter Mandat stehenden Personen, wobei die «Desistance»-Konzepte angewandt werden. Die Weiterbildung der Mitarbeitenden wie auch die Harmonisierung der Praktiken unter den lateinischen Kantonen wurden im vergangenen Jahr weitergeführt (s. 8.1.4.4 Besondere Vorkommnisse).

Mandate der Abteilung Bewährungshilfe per 31.12.2017

Mandate	Auftraggeber	2013	2014	2015	2016	2017
---------	--------------	------	------	------	------	------

Mandate	Auftraggeber	2013	2014	2015	2016	2017
Bewährungshilfe und/oder ambulante oder institutionelle Behandlung	Amt für Straf- und	44	64	56	68	56
Bewährungshilfe und/oder Weisungen bei bedingter Entlassung (Art. 87.2 StGB)	Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG)	33	34	31	36	43
Arbeitsexternat – Wohn- und Arbeitsexternat (Art. 77a StGB)	2017: 106 Mandate / 42 %	8	6	7	8	7
Bewährungshilfe und/oder Weisungen im Rahmen einer bedingten oder einer teilbedingten Verurteilung (Art. 44.2 StGB)	Zwangsmassnahmengericht, Straf- und Bezirksgerichte, Staatsanwaltschaft	90	86	90	106	127
Ersatzmassnahmen (Art. 237 (StPO)	2017: 148 Mandate / 58 %	25	21	20	25	21
Mandate		198	211	204	243	254

Die per 31.12.2016 verzeichnete deutliche Zunahme der Mandate konnte 2017 bestätigt werden (+4.5 % und +24.5 % über zwei Jahre), dies trotz einem leichten Rückgang der ambulanten therapeutischen Massnahmen. Die Zahl der Bewährungshilfemandate, die dem Amt im Rahmen von bedingten oder teilbedingten Strafen erteilt werden, entspricht 50 % der gesamten Mandate. Dieser Anstieg um 37 Dossiers über zwei Jahre (+41 %) erklärt grösstenteils die Zunahme der Gesamtzahl der Dossiers. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung mussten deshalb ohne zusätzliche personelle Ressourcen einen viel grösseren Arbeitsaufwand bewältigen (über 90 Dossiers pro VZÄ).

Untersuchungshaft vom 01.01.2017 bis 31.12.2017

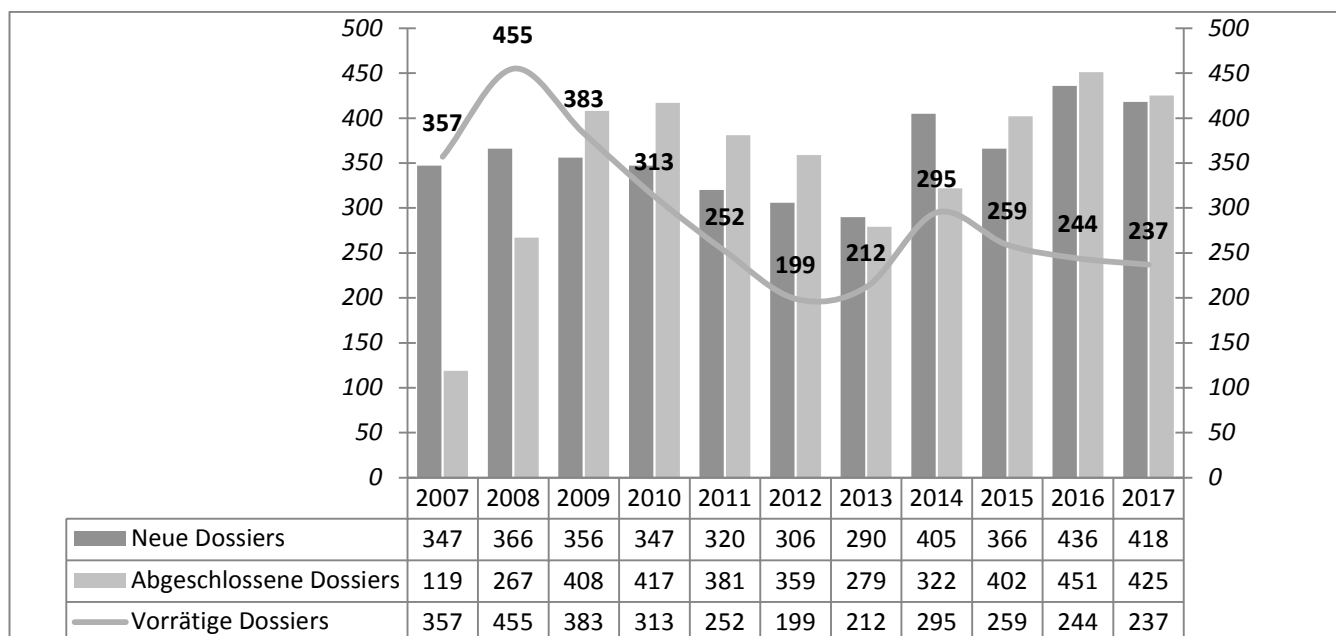
	2013	2014	2015	2016	2017
Anzahl der besuchten Personen	258	243	202	196	206
Anzahl Gespräche	1210	1138	1120	1109	989

Während die Anzahl der besuchten Untersuchungshäftlinge stabil blieb, ist die Zahl der Gespräche deutlich gesunken (-11 %). Dieser Rückgang ist auf die Reduktion der wöchentlichen Besuche (drei statt vier Nachmittage) seit August 2017 zurückzuführen. Diese Massnahme musste nach dem fast zeitgleichen Weggang erfahrener Praktikantinnen getroffen werden. Trotzdem wurden die Häftlinge, die dies beantragten, alle zwei Wochen besucht.

8.1.3 Abteilung Alternative Strafvollzugsformen

Die Tätigkeit dieser Abteilung besteht darin, Strafen in Form von gemeinnütziger Arbeit (GA) umzusetzen und zu begleiten. Seit dem 1. Januar 2007 ist die gemeinnützige Arbeit eine eigenständige Strafe. Mit der Einführung des neuen Sanktionenrechts wird die GA 2018 jedoch wiederum eine Vollzugsform. Das Gericht kann mit dem Einverständnis der verurteilten Person eine GA von höchstens 720 Stunden anordnen. Eine GA von vier Stunden entspricht dabei einem Tag Freiheitsentzug. Die Strafe wird zugunsten von Begünstigten, Pflegeheimen, kommunalen und kantonalen Verwaltungen, Forstbetrieben, gemeinnützigen Organisationen, Spitalnetzen usw. geleistet. Die gemeinnützige Arbeit ist in unserem Kanton eine beliebte Sanktion (s. 8.1.4.3 Besondere Vorkommnisse).

Entwicklung der GA-Dossiers von 2007 bis 2017



Verteilung der unerledigten Dossiers nach Status am 31.12.2017

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Unerledigte Dossiers	30	76	99	18	28	52
Bearbeitete Dossiers	170	136	196	241	216	185
Total	200	212	295	259	244	237

Diese Tabelle zeigt auf, dass die Anzahl der nicht vergebenen GA-Dossiers nach einem drastischen Rückgang in den Jahren 2015 und 2016 leicht gestiegen ist, hauptsächlich weil zur Entlastung der Waadtländer Vollzugsbehörde rund 40 zusätzliche Dossiers übernommen wurden.

Abgeschlossene Dossiers und Stunden vom 01.01.2017 bis 31.12.2017

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Dossiers	359	279	322	402	451	425
Angeordnete Stunden	51 162	43 457	47 592	60 872	75 913	70 421
Geleistete Stunden	31 322	25 644	28 061	40 716	45 160	46 990

Im Jahr 2017 wurden von den 70 421 von den Gerichtsbehörden angeordneten GA-Stunden 46 990 Stunden geleistet, was zum dritten Mal in Folge einen neuen Rekord bedeutet. Diese Zahl wird aufgrund der abgeschlossenen Dossiers berechnet und versteht sich ohne die Stunden, die im Jahr 2017 im Rahmen von per 31. Dezember noch offenen Dossiers geleistet wurden. Die 46 990 Stunden entsprechen 11 747 Tagessätzen oder 24 Vollzeitäquivalenten (VZÄ), also 24 Personen, die im Jahr 2017 vollzeitlich für Institutionen oder kantonalen Einrichtungen gearbeitet haben.

Verteilung der abgeschlossenen Dossiers nach Status am 31.12.2017

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	%
Bearbeitete Dossiers	283	234	252	314	342	343	100 %
Vollständig bearbeitet	236	193	206	280	292	297	87 %
Teilweise bearbeitet	32	27	22	22	42	34	10 %
Umgewandelt	15	14	24	12	8	12	3 %
Nicht bearbeitete Dossiers	76	45	70	88	109	82	100 %
Nicht bearbeitbare Dossiers	28	15	38	29	43	42	51 %

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	%
Ohne Antwort auf Vorladungen	48	30	32	59	66	40	49 %
Total	359	279	322	402	451	425	

Die «nicht bearbeitbaren Dossiers» betreffen Personen, die ihre gemeinnützige Arbeit nicht vollstrecken konnten, weil sie langfristig krankgeschrieben, in ein anderes Land weggezogen oder gestorben sind.

8.1.4 Besondere Vorkommnisse

8.1.4.1 Kontrolle des Amtes unter dem Aspekt der Einhaltung des Datenschutzes

Am 10. Juli 2017 hat die Kantonale Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz (ÖDSB) das Amt für Bewährungshilfe auf die Einhaltung des Datenschutzes geprüft. Gegenstand dieser Prüfung, die von einer externen Firma in Begleitung der kantonalen Datenschutzbeauftragten durchgeführt wurde, waren die drei Abteilungen des Amtes sowie die Sicherheits- und Zugriffsaspekte der verschiedenen IT-Anwendungen. Der Bericht vom 17. August 2017 enthält 53 Vorschläge in drei Kategorien, die von wichtig bis weniger wichtig reichen und deren Umsetzung ab 01.01.2018 dem neu geschaffenen Amt für Justizvollzug und Bewährungshilfe obliegt.

8.1.4.2 Elektronische Fussfesseln

Im Rahmen der Einführung der elektronischen Überwachung als neuer Strafvollzugsform konnte sich die Abteilung Alternative Strafvollzugsformen ab Oktober mit dieser Technologie vertraut machen. Sie nahm dazu an einem halbtägigen Einführungskurs teil und testete anschliessend vier gemietete Fussfesseln an Mitarbeitenden des BHA und des ASMVG.

8.1.4.3 Neues Rekordjahr im Bereich der gemeinnützigen Arbeit (GA)

Bei der gemeinnützigen Arbeit verzeichnet das Amt Jahr für Jahr Rekorde und macht diese damit zu einer freiburgischen Besonderheit und den Kanton zum unangefochtenen Spitzenreiter der gemeinnützigen Arbeit auf nationaler Ebene (auf der Grundlage des Verhältnisses *Einwohnerzahl/geleistete GA-Stunden*). Seit der Einführung der GA als eigenständige Strafform im Jahr 2007 ist Freiburg zudem der einzige Kanton der Schweiz, in dem die geleisteten GA-Stunden kontinuierlich angestiegen sind.

8.1.4.4 Einsetzung des detaillierten Bewährungshilfeplanes

Nachdem das Pilotprojekt «Ziel Désistance» vom BJ nicht genehmigt wurde, liess die Kommission der Bewährungshilfe der lateinischen Schweiz ihr Projekt zur Harmonisierung der kantonalen Praktiken in der Bewährungshilfe mit einem «Bewährungshilfeplan» von der Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren der lateinischen Schweiz (LKJPD) validieren. Dieses Instrument, welches im Lauf des Jahres 2018 in allen lateinischen Kantonen eingeführt werden sollte, hat zum Ziel, die unter Mandat stehenden Klienten durch eine systematischere Analyse ihrer Risikofaktoren und eine zielgerichtete Betreuung besser zu begleiten. Das Amt spielte eine tragende Rolle bei der Umsetzung dieses Projektes, welches an der 10. Fachtagung der Schweizerischen Vereinigung Bewährungshilfe und sozialen Arbeit in der Justiz (ProSAJ) öffentlich vorgestellt wurde.

8.1.4.5 Ende der Tätigkeit unter dem Namen Amt für Bewährungshilfe

Dieser Tätigkeitsbericht 2017 ist der letzte des Amtes für Bewährungshilfe in der Form, die wir es heute kennen. Am 27. Januar 1888 verabschiedete der Hohe Staatsrat die Statuten des Vereins der Schutzaufsicht für Straftlassene, welcher 1967 unter dem Namen Kantonales Schutzaufsichtsamt in die Freiburger Verwaltung integriert und 2005 in Amt für Bewährungshilfe umbenannt wurde. Die Tätigkeit des Amtes des abgelaufenen Jahres wurde daher mit etwas Wehmut geschildert. Ab 1. Januar 2018 entsteht ein neues Amt, das Amt für Justizvollzug und Bewährungshilfe. Diese neue Struktur ist das Ergebnis der Fusion der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug mit dem Amt für Bewährungshilfe und ist Teil der neuen Strafvollzugsorganisation, die der Grosse Rat mit dem Gesetz über den Straf- und Massnahmenvollzug (SMVG) am 7. Oktober 2016 beschlossen hat.

9 Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)

Direktor: Marc Rossier

9.1 Tätigkeiten

Das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS) ist eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons (juristische Person des öffentlichen Rechts) mit Hauptsitz in Freiburg und zwei Zweigstellen in Bulle und Domdidier. Das ASS zählt 86,9 Vollzeiteinheiten und erwirtschaftet einen Betriebsertrag von 19,4 Millionen Franken.

Das ASS ist für die Verkehrszulassung von Fahrzeugführern, Fahrzeugen und Schiffen verantwortlich, damit diese sämtlichen Sicherheitsanforderungen des Strassen- und Schifffahrtsverkehrs entsprechen. Der Kanton Freiburg zählt über 240 000 Fahrzeugführer und rund 265 000 Fahrzeuge. Das ASS erhebt im Auftrag des Kantons die Fahrzeug- und Schiffsteuer (über 109 Millionen Franken) und ahndet auch Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz; die diesbezüglichen Massnahmen werden von der Kommission für Administrativmassnahmen im Strassenverkehr (KAM) ausgesprochen.

Die Tätigkeit des ASS ist Gegenstand eines gesonderten Berichtes, welcher beim ASS, Postfach 192, 1707 Freiburg, bezogen oder unter www.ocn.ch heruntergeladen werden kann.

10 Kantonale Gebäudeversicherung KGV))

Direktor: Jean-Claude Cornu

10.1 Aufträge

Die Kantonale Gebäudeversicherung (KGV) hat als öffentlich-rechtliche Anstalt den Auftrag, sämtliche Gebäude des Kantons zu versichern, sowie Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Bränden und Elementarereignissen zu fördern.

Sie versichert gemäss dem Grundsatz der Solidarität mehr als 120 000 Gebäude zu einem Versicherungswert von 88,7 Milliarden Franken.

Die Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung erfordern jährliche Investitionen von 17 Millionen Franken; das heisst, über einen Drittel der einkassierten Prämien. Im Jahr 2017 musste die KGV Schadenfälle für einen Gesamtbetrag von 12,3 Millionen Franken entschädigen.

10.2 Tätigkeiten

Die verschiedenen Tätigkeiten der KGV werden im Jahresbericht festgehalten. Dieser Bericht kann bei der KGV, Maison-de-Montenach 1, Postfach 486, 1701 Freiburg bezogen oder unter www.ecab.ch heruntergeladen werden.

11 Anstalten von Bellechasse (AB)

Direktor: Franz Walter

11.1 Tätigkeiten

Die Anstalten von Bellechasse (AB) sind beauftragt, Freiheitsstrafen und Massnahmen in Anwendung des Strafgesetzbuches zu vollziehen. Im Rahmen des Konkordats über den Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen nehmen die AB Insassen auf für den Vollzug von Urteilen in offenem oder halboffenem Regime, die

von den Justizbehörden der Westschweiz und des Tessins ausgesprochen wurden. Sie beherbergen im Heim Tannenhof auch Personen im fürsorglichen Freiheitsentzug. Insgesamt verfügen die AB über eine Kapazität von 203 Plätzen.

Die Tätigkeiten der AB sind Gegenstand eines gesonderten Berichts, der bei den Anstalten von Bellechasse, Postfach 1, 1786 Sugiez bestellt werden kann.

12 Personalbestand

Behörden – Direktionen / Finanzstellen	Rechnung 2017 VZÄ	Rechnung 2016 VZÄ	Differenz VZÄ
Behörden – Direktionen / Finanzstellen	954.65	922.89	31.76
Zentralverwaltung	820.22	785.33	34.89
3300 / JPMS Generalsekretariat	9.57	10.01	-0.44
3305 / JUST Amt für Justiz	7.11	6.86	0.25
3330 / POCO Amt für Gewerbepolizei	3.58	3.61	-0.03
3335 / PETR Amt für Bevölkerung und Migration	51.50	40.15	11.35
3345 / POLI Kantonspolizei	665.75	649.02	16.73
3355 / SPEN Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse	46.77	40.19	6.58
3370 / PATR Amt für Bewährungshilfe	9.00	7.87	1.13
3375 / MILI Amt für Bevölkerungsschutz und Militär	14.21	14.72	-0.51
3385 / PROT Zivilschutz	12.73	12.90	-0.17
Besondere Sektoren, sonstige Anstalten	134.43	137.56	-3.13
3365 / EBEL Anstalten von Bellechasse	132.43	135.60	-3.17
3382 / LACN Lager Schwarzsee	2.00	1.96	0.04
Gerichtsbehörden	321.86	297.19	24.67
Zentralverwaltung	321.86	297.19	24.67
2100 / TCAN Kantonsgericht	48.88	41.21	7.67
2105 / TARR Bezirksgerichte	81.67	78.13	3.54
2111 / MINP Staatsanwaltschaft	53.28	54.81	-1.53
2112 / TMCO Zwangsmassnahmengericht	2.00	2.16	-0.16
2115 / CPMI Jugendgericht	10.87	10.96	-0.09
2120 / JUPA Friedensgerichte	52.48	39.14	13.34
2125 / OPOU Betreibungsämter	58.67	57.82	0.85
2130 / OFAI Kantonales Konkursamt	11.60	11.61	-0.01
2170 / COCO Schlichtungskommissionen im Mietwesen	0.96		0.96
2900 / CMAG Justizrat	1.45	1.35	0.10